

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Sezessionspreis monatlich 3.00 Gulden, wöchentlich 0.75 Gulden, in Deutschland 2.50 Goldmark, durch die Post 3.00 Gulden monatlich. Anzeigen: die doppelte Seite 0.40 Gulden, Kellamergel 2.00 Gulden, in Deutschland 0.40 und 2.00 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 51

Dienstag, den 2. März 1926

17. Jahrgang

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druckfachen 3290

Der Kampf um die Fürstenabfindung im Reich.

Ungünstige Kompromisslösung des Reichstages. — Wachsende Teilnahme für das Volksbegehren.

Die langwierigen Verhandlungen des Reichsausschusses über die Abfindungsfrage und die Art, wie sich die einzelnen Parteien hierzu verhalten, hat in weiten bürgerlichen Kreisen große Erbitterung geschaffen. Insbesondere in den Reihen der demokratischen Partei herrscht allgemeines Entsetzen über das bisherige Verhalten der demokratischen Reichstagsfraktion, und auch in den Reihen des Zentrums wird die Erbitterung über den Unterschied, den man zwischen den Ansprüchen der Fürsten und denen der gewöhnlichen Sterblichen zu machen pflegt, von Tag zu Tag größer. Die Zentrumswahlkreise im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und im Kölner Revier drohen bereits mit einer offenen Rebellion gegen die Parteiführung. Es gibt kaum eine sozialdemokratische Versammlung in diesen Bezirken, die nicht zu einem wesentlichen Teil von Zentrumswahlkreisen besucht wird, und es ist in den letzten acht Tagen wiederholt vorgekommen, daß Angehörige der Zentrumspartei sich offen für die entschädigungslose Enteignung ausgesprochen.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat sich auf Grund dieser im Lande vorherrschenden Stimmung am Montag in einer mehrstündigen Fraktionsitzung mit der Fürstenabfindung und insbesondere der von der Mehrheit des Reichsausschusses geplanten Regelung befaßt. Aus den Reden der einzelnen Abgeordneten ergab sich, daß die Mißstimmung über die langwierigen Verhandlungen des Reichsausschusses und die Art, wie von ihm die Dinge überhaupt angefaßt werden, wesentlich größer ist als man bisher angenommen hatte. Die Fraktion beschloß unter dem Eindruck dieser Reden, sich in der nächsten Woche darüber schlüssig zu werden, ob sie ihren Anhängern eine Beteiligung am Volksbegehren empfehlen soll, falls der in seiner ersten Lesung verabschiedete Kompromissentwurf nicht wesentlich verbessert wird. Parteioffiziell wird über die Sitzung der demokratischen Reichstagsfraktion mitgeteilt:

„Die demokratische Reichstagsfraktion nahm in ihrer Fraktionsitzung am Montag einen Bericht des Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Rüdiger über die Frage der Fürstenabfindung entgegen. Diesem zufolge sind zwar einige Verbesserungen des ursprünglichen Kompromissentwurfes erzielt worden, die aber den Forderungen noch nicht gerecht werden, die die demokratische Partei erheben muß. Wenn nicht aus dem im Gange befindlichen Verhandlungen wesentliche Verbesserungen hervorgehen, wird sich die Fraktion in einer ihrer nächsten Sitzungen darüber schlüssig werden, ob sie ihren Anhängern eine Beteiligung am Volksbegehren empfehlen soll.“

Die „Volksstimme“ kommentiert diese parteiamtliche Auslassung der demokratischen Fraktion wie folgt: „Entweder muß nach dem ursprünglichen demokratischen Vorschlag den Fürsten die Möglichkeit gegeben werden, unter Ausschluß des Reichstages die Regelung der Abfindungsfrage vorzunehmen, oder aber der Kompromissantrag mußte so ausgestaltet werden, daß an Stelle langwieriger staatsrechtlicher Auseinandersetzungen eine Entscheidung tritt, die verhindert, daß die allgemeine Verarmung vor den Fürstenhäusern Halt macht und die Abgeltung ihrer gesamten Ansprüche auf ein Maß bringt, das jeden politischen Mißbrauch ausschließt und die Eingliederung in den nationalen Arbeitsprozeß fördert.“

Die Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat bisher neben 300 000 Eintragungslisten und 30 000 Begleitbüchern, die in 40 000 Kuverts an die Städte, Gemeinden und Kreisbezirke versandt wurden, den Bezirksorganisationen der Partei u. a. 2 Millionen Broschüren, 850 000 Plakate, 100 000 Sondernummern der „Frauenwelt“, eine Sondernummer des „Mittelstandsblattes“ in doppelter Auflage, Referentenmaterial und Rededispositionen in einer Auflage von je 20 000 Stück, sowie 13 illustrierte Entwürfe für Flugblätter und Handzettel für die erforderliche Propaganda überliefert. Die hierzu erforderlichen Ausgaben erfordern eine wesentliche Erhöhung durch die von den Bezirksorganisationen aufzubringenden Beiträge. Darunter fallen insbesondere die Ausgaben für Porto und die Kosten der Versammlungstätigkeit. Für beide Voten muß jeder der 2 Bezirke Tausende von Mark ausgeben. Außerdem sind für Inserate und für besondere Aufgaben noch bedeutende Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Parteigenossen im Reich werden daher aufgefordert, durch Zahlung von Sonderbeiträgen und Sammlungen den Kampf gegen die unverheißenen Forderungen der Fürsten zu unterstützen.

Belgiens Sozialisten und die Ratsfrage.

Der sozialistische „Peuple“ in Brüssel schreibt in einer außenpolitischen Wochenübersicht, es sei schwer, zu glauben, daß man es wegen einer Frage von untergeordneter Bedeutung, wie der des polnischen Rats, zu einer schweren Krise im Völkerbund kommen lassen werde. Ein Kompromiß sei möglich, aber unter der Bedingung des beiderseitigen guten Willens. Auch der Schein müsse vermieden werden, daß man Deutschland demütigen oder hinter das Licht führen wolle. Keine Lösung sei annehmbar, die nicht Deutschlands freie Zustimmung finde. Andererseits aber könne man von Deutschland die Zustimmung verlangen, daß es die durch seinen Ratsstills gewonnene Macht nicht nachher zum Veto gegen Polens Zulassung benutzen werde, wenn alle anderen Ratsmitglieder einstimmig für Polens Zulassung sind. Briand's Kammerrede beweise, daß er erfüllt vom besten Geiste Locarno's nach Genf fahre. Wenn Stresemann sich mit gleichem Geiste wappne, werde die Einigung nicht allzu schwer sein. Schließlich heißt der „Peuple“ sehr, daß ausschließlich Wohlwille sich in aggressivem Tone gegen den

deutschen Standpunkt geäußert habe. Seine frischegeborene Deutschentfremdung zeige die Gefahr, die das von einem Nervenfanken beherrschte faschistische Italien für den europäischen Frieden bedeute.

Sowjetrußland und der Ratschacher.

Die Auseinandersetzungen über die Reorganisation des Völkerbundes werden in Moskau mit unverbesserlicher Freude verfolgt. Die Blätter weisen u. a. darauf hin, daß jede Erweiterung des Völkerbundes das Kräfteverhältnis zugunsten Deutschlands verschieben würde. Die „Sowjetsta“ schreibt, der Kampf innerhalb des Völkerbundes bedeute den Beginn eines Zwiespaltes zwischen den kapitalistischen Staaten.

Monarchistische Bestrebungen in Polen.

Die „Warszawianka“ meldet, daß die beiden polnischen monarchistischen Gruppen, nämlich die Partei polnischer Monarchisten in Warschau und die Monarchistische Organisation in Polen, sich unter dem Namen Vereinigung polnischer Monarchisten zusammengeschlossen haben. Vorsitzender ist der ehemalige Kronmarschall Niemcewicz, einer der Vizevorsitzenden ist der frühere Korpskommandant von Posen, General Makowski. Zu den bekanntesten Mitgliedern des Vorstandes gehören General Dombrowski und der Prälat Kwiatkowski. Der Sitz der Vereinigung wird nunmehr Warschau sein. Es ist sehr beachtenswert, daß die Christlich-Nationale Partei, die Vertreterin des Großgrundbesitzes, die im Sejm 22 Abgeordnete zählt, zu denen u. a. Stronski gehört, nunmehr durch einen ausdrücklichen Beschluß des Obersten Parteirates ihre Mitwirkung an der monarchistischen Bewegung erklärt hat. In der Entschiedenheit des Parteirates wird gesagt, daß in einem Staat mit der geographischen Lage und der Bevölkerungszusammensetzung Polens sowohl die Notwendigkeit als auch die Möglichkeit bestünden, das erbliche Königtum in Anknüpfung an die Verfassung vom 3. Mai 1791 wiederherzustellen und daß die Partei an der legalen Förderung dieses Gedankens aktiv teilnehmen wolle. Demgemäß hat die Partei drei ihrer Mitglieder in die Monarchistische Vereinigung abdelegiert.

Die polnisch-türkischen Handelsbeziehungen.

Vor einiger Zeit erhielt Polen von der Türkei die Konzession, auf verschiedenen türkischen Eisenbahnlinien, besonders auf der Anatol-Bagdad-Eisenbahnlinie, Kommissionslager polnischer Exportwaren zu eröffnen, welche den polnisch-türkischen Warenverkehr fördern sollten. Unlänglich dieser Tatsache bestimmte das polnische Handels- und Industrieministerium eine Kommission, welche sich der Or-

Deutschen-Demonstration gegen die tschechische Gewaltpolitik.

Am Sonntag fanden in den deutschen Städten der Tschechoslowakei etwa 70 stark besuchte Kundgebungen gegen die neue Sprachenverordnung statt. Dabei kam es mehrfach zu Zusammenstößen. In Teplice-Schönbach bildete sich nach Schluß der Versammlung ein großer Zug, der sich zum Marktplatz begab. Als die Volksmenge dort das Deutschland-Lied gesungen und ein Lied der Tschechen hatte, griff die Gendarmerie mit auf-gepflanztem Bajonett die Demonstration an und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Auch in Jussig griff die Gendarmerie und Polizei ein, als die Versammlungsteilnehmer in das Innere der Stadt zogen. In Reichenberg wurde eine Entschließung angenommen, in der die Sprachenverordnung als einbruch des Rechts und der Verfassung verworfen und ihre Anerkennung verweigert wird. In Trautenau wurde die Versammlung aufgelöst, als der Redner die Regierung des Wortbruchs beschuldigte. In Karlsbad griff die Polizei ebenfalls ein und nahm einige Verhaftungen vor, nachdem die Menge das Deutschland-Lied gesungen hatte.

Litauischer Protest bei den Mächten.

Litauen droht mit bewaffnetem Vorgehen gegen Polen. Im Auftrage ihrer Regierung haben die litauischen Gesandten den Staatsregierungen, bei denen sie akkreditiert sind, ein Memorandum überreicht, in welchem gegen das Vorgehen Polens an der litauisch-polnischen Demarkationslinie scharfster Protest erhoben wird. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß der Angriff und die Grenzüberschreitung von Polen ausgegangen seien und daß litauische Truppen die polnische Grenze nicht überschritten hätten. Sollten aber die polnischen Truppen jetzt, nach der von litauischer Seite beim Völkerbunde gegen Polen erhobenen Beschwerde, das litauische Gebiet nicht unverzüglich räumen, so würde sich Litauen genötigt sehen, den status quo ante mit Gewalt wieder herzustellen. — In Berlin ist ein Memorandum dieses Inhalts durch den litauischen Gesandten dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann überreicht worden. Die offizielle „Litwa“ bringt zu dem durch das Vorgehen Polens entstandenen so ernst gewordenen und bisher noch nicht beigelegten Grenzkonflikt einen in sehr erregter Tonart gehaltenen Marmaritel: an der Grenze seien Zusammenstöße polnischer Truppen zu beobachten; der bekannte Feind Litauens, der polnische Kriegsminister Jeligowski, der Litauen bereits um Wilna gebracht habe, scheine ganz offenbar einen weiteren Handstreich zu planen. Das Blatt beschwört die litauischen Parteien, jetzt den innerpolitischen Fader zu vergessen, da Gefahr von Polen drohe.

Die Bedeutung von Locarno für Europa.

Eine neue Verständigungsrede Briands. — Frankreichs Wunsch nach Sicherheit.

Die Locarno-Debatte in der französischen Kammer brachte am Montag eine neue Intervention Briands. Auf den Vorschlag Briands, daß die Regierung in Locarno zahlreiche aus dem Friedensvertrag sich ergebende Rechte Frankreichs, darunter die Forderung auf Verstrafung der deutschen Kriegsschuldigen, habe fallen lassen, antwortete Briand, daß schon lange, bevor er die Regierung übernommen habe, der Beweis dafür erbracht worden sei, daß gewisse Bestimmungen des Vertrages absolut unbrauchbar seien.

Der Vorwurf, daß England sich in den Verträgen von Locarno die Rolle eines Schiedsrichters angemahnt habe, entbehre jeder substantiellen Begründung. Für die Bündnispolitik, wie sie der Abg. Marin aufstelle, sei allerdings in der Ära des Völkerbundes kein Platz mehr; denn allen seit dem Kriege abgeschlossenen Verträgen liege die Idee der gegenseitigen Hilfe zugrunde, und Frankreich sei heute nicht mehr in direktem Kontakt mit Deutschland; denn es sei von ihm durch eine demilitarisierte Zone getrennt, die unter die Kontrolle der Signatarmächte von Locarno gestellt sei. Es sei ein Irrtum, zu glauben, daß die Teilung der Völker in Gruppen der Sieger und Besiegten in Frankreichs Interesse liege. Eine solche Politik der Bündnisse müsse früher oder später zu neuen blutigen Konflikten führen. Eine derartige Bündnispolitik würde zweifellos auch Deutschland nicht untätig gelassen haben. Schon seien Verhandlungsversuche im Gange gewesen, deren Realisierung Frankreich in eine sehr gefährliche Situation gebracht haben würde, und daß die Verträge von Locarno in den weitesten Kreisen des französischen Volkes rückwärtsschlagende Zustimmung gefunden hätten, bewiesen ja zahlreiche Sympathieausgeburten, die die Regierung von den Verbänden der ehemaligen französischen Kämpfer erhalten habe. Zwischen einem unter dem Druck der Gewalt unterzeichneten Vertrag und einer freien Vereinbarung zwischen zwei Nationen bestünde ein großer Unterschied, der einen der Hauptvorteile der Verträge von Locarno ausmache.

Die Räumung von Köln sei mit der ausdrücklichen Zustimmung der militärischen Sachverständigen erfolgt, und sie habe erfolgen müssen, nachdem Deutschland auf dem Gebiete

der Abrüstung seinen Verpflichtungen bis auf drei oder vier noch zu regelnde Einzelfragen erfüllt habe. Durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und dessen Grenzübergänge laufe Frankreich keine Gefahr. Wenn Deutschland wirklich den Vertrag verletzen wolle, so werde es Frankreich gerüht sein, und die französische Regierung fühle sich stark genug, um in diesem Eventualfall keine Niederlage befürchten zu müssen. Um den Frieden zu haben, müsse man vor allem an ihn glauben, nicht blind, aber ernsthaft und mit voller Aufrichtigkeit. Die Behauptung, daß die Verträge von Locarno Frankreich mehr Schaden als Nutzen brächten, sei im höchsten Grade ungerichtet. Immerhin habe die Debatte über die Verträge das Gute, daß sie der ganzen Welt zeige, daß Frankreich ernstlich den Frieden wolle und keine Hintergedanken habe. Nachdem es Elsass-Lothringen wiedererhalten habe, habe Frankreich keinerlei Ansprüche mehr und nur noch den einen Wunsch, in Frieden leben und arbeiten zu können. (Auserordentlich starker Beifall auf den Bänken der Linken und der Mitte.)

Die Nachmittagsitzung wurde eröffnet von dem den gemäßigten Republikanern angehörigen Oberst Picot, der sich in einem für einen ehemaligen aktiven Offizier bemerkenswerten Pathos für die Friedenspolitik des Kabinetts Briand einsetzte und der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Verträge von Locarno in der Kammer einstimmig gutgeheißen würden. — Ihm folgte der sozialistische Abgeordnete Spinasse, der einleitend daran erinnerte, daß die Millionen, die auf dem blutgetränkten Schlachtfeld gefallen seien, dafür gekämpft hätten, daß

die Menschheit von der Geißel des Krieges für immer befreit

werde. Eine wirkliche Konsolidierung des Friedens könne nur erreicht werden mit Hilfe des Völkerbundes. Er sei die einzige Institution, die aus dem Vertrag von Versailles zu wirklichem Leben entstanden sei. So wenig wie die Befestigung des Rheinlandes die Sicherheit Frankreichs zu garantieren vermöge, ebenso wenig werde die Schaffung der entmilitarisierten Zone ein dauernder Schutz sein, solange diese nicht unter der Kontrolle des Völkerbundes stehe.

Die Krise des Völkerbundes.

Mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bereitete sich die schwerste Krise vor, die diese internationale Einrichtung seit ihrem Bestehen durchgemacht hat. Wenn man über die Dinge gründlich nachdenkt, so ergibt sich, daß diese Krise kaum zu vermeiden war; denn der Eintritt Deutschlands bedeutet letzten Endes eine völlige Umwälzung des Völkerbundes. Gewiß sollte im Sinne seines Schöpfers Wilson der Völkerbund von vornherein alle Nationen umfassen, die sich im Kriege gegenüberstanden, ohne Unterscheidung zwischen Siegern und Besiegten. Aber dieser Gedanke stand in solchem Widerspruch zu dem Geist des Hasses und des Mißtrauens, der in den ersten Jahren nach dem Kriege herrschte und insbesondere zu dem Inhalt des Gewaltfriedens von Versailles, daß Wilson sehr bald darauf verzichtete, für die Aufnahme Deutschlands einzutreten. Das Einzige, was er erreichte, war eine vage Ankündigung, daß später einmal auch Deutschland aufgenommen werden könnte, wenn es seinen guten Willen beweisen haben würde, den Versailles-Frieden auszuführen. Infolgedessen war der Völkerbund in seinen Anfängen tatsächlich nur eine interne Angelegenheit der alliierten Mächte, ein Instrument zur Sicherung der Durchführung des Gewaltfriedens und zur Verwirklichung der wenigen neutralgebliebenen Länder in den Kreis der Entente. Diese Tendenz verhärtete sich erst recht mit dem Tage, an dem das amerikanische Parlament es ablehnte, den Versailles-Vertrag zu ratifizieren und dem Völkerbund beizutreten.

Nur sehr langsam und zögernd vollzog sich innerhalb der Völkerbundsstaaten eine Reaktion gegen diesen unpopulären Kurs. Es waren vor allem einige neutrale Länder, besonders die skandinavischen Staaten und die Schweiz, die sich in diesem einseitigen, hauptsächlich von Paris aus regierten Schicksal unbeteiligt fühlten und gegen den Stachel zu lösen versuchten. Als aber ihre Vertreter die ersten schmerzhaften Versuche machten, auf die Notwendigkeit einer Ausweitung Deutschlands hinzuweisen, da traten ihnen die Abgesandten Franciscos schroff entgegen. Unterdessen war jedoch der Umschwung innerhalb der großen alliierten Länder bereits im vollen Gange, zunächst in England und in dem damals noch demokratisch regierten Italien, später schließlich sogar in Frankreich selbst. Im Jahre 1924 erfolgte der Kurswechsel im französischen Parlament, die Außenpolitik wurde liquidiert und durch das Londoner Reparationsabkommen ersetzt, MacDonald erhob im Namen des britischen Reiches auf der Genfer Völkerbundversammlung offiziell die Forderung einer möglichst baldigen Aufnahme Deutschlands, und Herriot stimmte dem grundsätzlich zu. Es folgte im Jahre 1925 die direkte Ansprache zwischen der früheren Entente und Deutschland über das Sicherheitsproblem, die zu der Unterzeichnung der Locarno-Verträge führte und damit auch zu der Aufnahme Deutschlands als vollberechtigter Großmacht in den Völkerbund.

Das ist in großen Zügen der geschichtliche Gang der Entwicklung des Völkerbundes zwischen 1919 und 1926. Aber nichtsdestoweniger bedeutet die nunmehr erreichte Etappe den definitiven Abschluß einer Periode, in der der Völkerbund nur eine Karikatur seiner selbst war; einer Periode, in der die Sieger des Weltkrieges Europa einseitig und selbstherrlich regierten und die Besiegten lediglich als Objekte ihrer Politik behandelten. Es ist daher an sich begreiflich, daß in dem Augenblick, in dem sich diese Revolutionierung der bisherigen Weltpolitik vollziehen soll, gewisse Widerstände sich bemerkbar machen und man auf irgendeine Art die Konsequenzen dieser Umwälzung abwenden möchte. Vor allem ist es Polen, das sich durch die Europaveränderung bedroht fühlt. Bis hierher war es einer der Hauptstützen des in Versailles geschaffenen Zustandes. Es war Frankreichs politischer und militärischer Bundesgenosse, und die Stärke seiner Stellung bestand vor allem darin, daß es Frankreich gegenüber, wenn auch in kleinerem Ausmaß, die gleiche Rolle einnahm, die einst das zaristische Rußland im Rücken Deutschlands spielte. Durch den Sicherheitspakt ist aber die Bedeutung dieses militärischen Bündnisses für Frankreich stark gesunken. Polen fühlt, daß es in Zukunft nicht mehr mit der gleichen Rücksichtlosigkeit wie bisher gegen Deutschland wird vorgehen können, besonders wenn unter den Mitgliedern des Völkerbundes ein Vertreter des Deutschen Reiches sitzt. Objekt betrachtet, ist der Wunsch Polens nach einem Sitz im Völkerbundsrat, um wenigstens einen Teil der Mitbestimmungen dieses Umsturzes auszugleichen, durchaus erklärlich, und es wäre von Deutschland weder klug noch vorteilhaft, wenn es sich diesem Wunsch dauernd verweigern wollte.

Aber wie liegen die Dinge? Erstens verlangt Polen einen niedrigen Sitz im Völkerbundsrat, obwohl es weder geographisch, noch politisch, noch wirtschaftlich als Großmacht in gleichem Sinne wie England, Frankreich, Deutschland, Japan und Italien gelten kann. Es besteht zwar aus 27 Millionen

Einwohnern, davon sind aber etwa 40 Prozent Nichtpolen. Die inneren Verhältnisse sind dort alles eher als stabil, es ist eine starke faschistisch-nationalistische Strömung im Gange, deren Sieg für den Frieden in Osteuropa höchst bedenklich werden könnte. Es ist schon schlimm genug, daß das faschistische Italien einen permanenten Sitz im Rat innehat, und es wäre ein schwerer Fehler, wenn man das gleiche Recht einem Lande gewähren wollte, das vielleicht schon in nächster Zukunft gleichfalls faschistisch regiert sein wird und das man später im Völkerbundsrat ebenso sehr als moralischen Ballast empfinden würde, wie schon jetzt das faschistisch-imperialistische Italien empfunden wird. Außerdem verlangt Polen seine gleichzeitige Aufnahme in den Rat wie Deutschland. Auch dagegen muß unbedingt Einspruch erhoben werden, weil das einen demonstrativen Charakter gegen Deutschland trägt und weil damit die moralische Bedeutung dieser oben gezeichneten Revolutionierung des Völkerbundes wesentlich zerkürrt werden würde. Nicht zuletzt wäre das ein Akt der Unloyalität gegenüber Deutschland, dem man diese Absicht monatelang verschwiegen hat, obwohl man Gelegenheit genug hatte, vor, während und unmittelbar nach Locarno ihm diesen Plan mitzuteilen.

Das alles sind Gründe genug, die gegen die Erfüllung des polnischen Wunsches, besonders auf der jetzigen Tagung sprechen. Außerdem gibt es noch andere, wie z. B. die Gefahr, daß weitere Länder ähnliche Ansprüche anmelden, zu denen sich ebenso berechtigt fühlen wie Polen und infolgedessen eine solche Erweiterung und Verwässerung des Völkerbundsrats eintritt, daß der Rat und damit schließlich der ganze Völkerbund aktionsunfähig wird. Deshalb gilt es für die Reichsregierung unter Vermeidung aller unnötigen Schärfen und Drohungen, ihren bisherigen Standpunkt weiter zu vertreten. Die jetzige Krise des Völkerbundes ist eine Erneuerungskrise, eine Gesundungskrise, die durchgemacht werden muß, damit die Genfer Institution endlich das werde, was sie sein sollte und was sie seit Versailles nicht gewesen ist.

Moskauer Erregung wegen Englands China-Politik.

Die von England über Kanton verhängte Blockade hat in Sowjetrußland einen wahren Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Die gesamte Presse protestiert gegen dieses englische Vorgehen. Die offiziellen „Iswestia“ schreiben: Bevor die englischen Imperialisten ihre gepanzerte Faust gegen Kanton erheben, sollten sie sorgfältig erwägen, welche Wirkung das auf den gesamten Orient und auf das internationale Proletariat haben werde. Nie werde England das erwachte China und seine Freiheitsbewegung niederknien, ebensowenig wie ihm eine Blockade des Sowjetbundes gelingen sei. — Das Plenum der Komintern hat eine Resolution gefaßt, durch welche die Arbeiterklasse aller Länder, vor allem aber Englands, zum Protest gegen „neue blutige Untat der britischen Imperialisten“ aufgerufen wird.

Bewaffnete chinesische Soldaten, die vermutlich zu den Truppen des sowjetfeindlichen Tschangschin gehören, haben die russisch-chinesische Grenze zweimal überschritten und Einfälle in das Amurgebiet gemacht. In einem Fall wurden fünf russische Bauern gefangen mitgeschleppt.

Frankreich fordert weitere Maßnahmen Ungarns gegen die Frankenfürstlichen.

Der französische Gesandte in Budapest hat gestern seinen Bericht über die Lage abgefaßt. Dazu erzählt der „Petit Vloq“ aus zuverlässiger Quelle, daß die französische Regierung in erster Linie genaue Aufschlüsse über die Tätigkeit der ungarischen Regierung seit dem 17. Jan. dem 22. 9. 25 zu unterhalten wünsche. Sie wünsche ferner eine genaue Aufklärung der Frage, wie die ungarische Gesandtschaft in Berlin mit den Frankenfürstlichen in Verbindung gekommen sei, die aus den Angaben Windischgräb, Radossy und Kaba hervorgehen soll. Auch wünsche man in Paris eine Ausdehnung der Untersuchung auf gewisse Mitglieder der diplomatischen Vertretung Ungarns in Berlin.

Agarischer Kurs bei den Deutschnationalen.

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei im Reich wird am 24. März zusammentreten, um die Wahl des Parteivorstandes vorzunehmen. Wie die „Kreuzzeitung“ zu melden weiß, wird gleichzeitig während dieser Tagung über eine Umbildung des Parteivorstandes beraten werden, und zwar in dem Sinne einer verstärkten Einflusnahme der Provinzvertretungen und damit zugleich der Landwirtschaft. Damit ist deutlich der Kurs angezeigt, den die Deutschnationale Partei zu gehen gedenkt.

Der Streit um Jerschin.

Ein Urteil Trofski.

Die deutsche Presse hat mehr oder weniger ausführlich Kenntnis genommen vom Selbstmorde Sergei Jerschins, der unbestreitbar der bedeutendste russische Revolutionär war. Dem großen Publikum war er aber nicht als Regener der Dichter bekannt geworden, sondern durch den Liebesbund, den die alternde Jodora Duncan mit ihm, dem um fast ein Menschenalter jüngeren Mann, geschlossen hatte. Lebensüberdruß, der den Komplikationen dieser Ehe, hoffnungslosem Alkoholismus und einer innerlichen Ablehnung des Regimes entsprang, war die Ursache seines tragischen Todes.

In der Sowjetpresse nimmt die Debatte über die merkwürdige Persönlichkeit des Dichters und seine Stellung zur Revolution ihren Fortgang.

In einem Aufsatz, Jerschin gewidmet, schreibt Trofski, wie das „Berl. Tageblatt“ aus Peking meldet, u. a.: Jerschin war kein Revolutionär. Der Autor des „Fugashov“ und der „Ballade der 23.“ war ein Spritzer von großer Zartheit und Intimität. Unsere Gegenwart ist eine absolut unruhige Epoche. Das ist auch die Hauptursache, weshalb Sergei Jerschin uns und seine Zeit so früh und eigenmächtig verließ. Er warzette tief im Volke, und das „Volkslied“ ist, wie alles an ihm, wahr. Das zeigt sich am deutlichsten nicht in seiner Dichtung vom großen Aufbruch zur Zeit Kaiserinas der Zweiten, sondern in seinen kleinen Geschichten und Liedern. Das Bauratium, als Grundlage von Jerschin, war hart, aber doch gebrochen und verfeinert durch die Art seiner Begabung. Doch eben in der Stärke dieser bauerlichen Unterwelt liegt die Schwäche des Menschen Jerschin bejohlenen: aus der Scholle hatte er keine Wurzeln mit Gewalt herausgerissen, im Ausland blieben sie nicht haften. Die Stadt hat ihn nicht gefesselt, sondern nur erschüttert und verwundet. Seine Dichtkunst hätte sich nur wahrhaft entfalten können innerhalb einer harmonischen und glücklichen Gesellschaft, wo sein Kampf herrscht, sondern gar keine Anteilnahme, Liebe und Freundschaft. Der Dichter ging unter, weil er der Revolution innerlich fernstand.

Trofski macht Jerschin damit keinen Bormann, sondern erklärt sich sogar bereit, ihn als ein Kind der Revolution zu bezeichnen.

Im Moskauer Kammertheater kam es im Anschluß an einen Jerschin-Gedächtnisabend zu einem Skandal. Auf die Erklärung des Vertreters des Unterrichtsministeriums hin,

man könne Jerschin nicht zu den Dichtern der Revolution rechnen, erscholl anhaltendes Pfeifen und Lärmen, und man rief, es sollten diejenigen den Saal verlassen, die mitteilungslos wären am Tode Jerschins, Gumilews und Alexander Blok. Das Kommissariat für Volksaufklärung hat angeordnet, das Gedächtnis Jerschins im Kaspischen Gouvernment zur Erinnerung an den Dichter in „Jerschin“ umzubenennen.

Konzert des Gesangsvereins „Libertas“.

Der Abend begann mit einer Unhöflichkeit: auf 10 Uhr war man hineingelassen und fünf Minuten vor 8 Uhr hielten die Sänger ihren Einzug — möglich, daß triftige Gründe die Verpöpfung bedingten, doch zwei Serie der Entschuldigungen wären immerhin am Platz gewesen, man muß die „Libertas“ nicht zu großartig betreiben. (Schließlich waren noch andere Leute im Saal als die Angehörigen der Sangesbrüder!)

Das Hauptprogramm der Veranstaltung gehörte unbedingt dem jungen Chorleiter des Vereins, Herrn Walter Hanft, der es in verhältnismäßig kurzer Zeit verstanden hat, seine Leute musikalisch gründlich zu schulen und sie ein gutes Bild auf dem Wege zur Konzertschönheit zu verwirklichen. Auf dem Wege zur Konzertschönheit — das gelingende Konzert gab zum großen Teil ein Verprechen, zum geringeren eine Erfüllung. Vorläufig muß man noch überall das heisse Bemühen um die technische Sicherheit und Präzision, die musikalisch-geistige Durchdringung, die verinnerlichte Gestaltung eines Liedes kommt dabei zu kurz. Dem Chöre gebührt es noch zu sehr an jener souveränen Lieberlichkeit über das Notenbild, die ein freieres Ausdrücken menschlicher Kräfte, eine wahrhaft künstlerische Erschließung des Textes erst ermöglicht.

Es wird zwar mehr oder weniger wader gesungen, doch nur selten erwacht aus diesem Stimmkörper eine wirklich unbegabte, gelöst schwingende Klangheit, die mitreißt und beglückt, nur selten gelangt man über den Einbruch von etwas heftig Eingebildetem, ja Eingebildetem zu reinem Genuss hinaus.

Zudem ist das Material an Stimmen, das Herr Hanft zur Verfügung stellt, nicht sehr ergiebig, besonders in den Tenoren, die Höhe klingen ein wenig probe und farblos, und gegen Schluss des Abends merkte man den Sängern deutlich eine gewisse Ermüdung an, der Hr. Abt. „Hilf! Helfert!“ zum Lichte fiel.

Demnachgeachtet muß Herr Hanft bekräftigt werden, daß er mit Energie und Umformung seines Führertums wackert und daß er es wenigstens in einigen Stellen zutage brachte, seinen künstlerischen Intentionen volle Berücksichtigung zu verschaffen.

Rücktritt des norwegischen Ministerpräsidenten.

Staatsminister Mowinkel hat gestern dem König sein Abschiedsgesuch überreicht; der König ersuchte den Staatsminister bis zur Bildung einer neuen Regierung die Geschäfte weiterzuführen. Als Nachfolger hat Mowinkel dem König den Führer der Rechten, Nybke, und den Führer der Bauernpartei, Mellbye, in Vorschlag gebracht. Die beiden Politiker werden heute zum König berufen. Man betrachtet es als ausgeschlossen, daß die Bauernpartei an einer Regierungsbildung sich beteiligen wird, sondern erwartet, daß die neue Regierung von der Rechten und der freiwilligen Linken mit Nybke als Ministerpräsident gebildet werden wird.

Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung im Reich.

Der Reichsarbeitsminister hat entsprechend dem in der Vorwoche vom Reichstage gefaßten Beschluß für bestimmte Gruppen von Erwerbslosen, bei denen besondere Notstände vorliegen, die Unterstützungssätze für die Zeit vom 1. März bis zum 1. Mai erhöht. Die Erhöhung beträgt 10 bis 20 Prozent und kommt einmal dem Erwerbslosen zugute, die keine Familie haben und nicht dem Haushalt einer anderen angehören, besonders den Jugendlichen unter ihnen, ferner allen Hauptunterstützungsempfängern, die länger als acht Wochen ununterbrochen unterstützt worden sind.

Ein Zwischenfall in Innsbruck.

Die Wiener amtliche Nachrichtenstelle meldet: Eine Abteilung italienischer Eisenbahner, die in Innsbruck dienstlich beschäftigt ist, ließ sich auf dem dortigen Bahnhof photographieren, wobei als Hintergrund eine aufgefahrene italienische Tricolore mit dem Bild Mussolinis benutzt wurde. Alle Teilnehmer hatten das Zeichen des Faschismus angelegt. Gegenüber dem ruhigen Einspruch deutsch-österreichischer Eisenbahner erfolgte eine scharfe Erwiderung der Italiener, doch gelang es dem besonnenen Vorgesetzten des Stationsvorstandes, einen tätlichen Zusammenstoß zu verhindern.

Bauarbeiterstreik in Paris.

Auf gemeinsamen Beschluß der verschiedenen Gewerkschaftsverbände des französischen Baugewerbes haben die Maurer in Paris und Umgebung am Montagmorgen die Arbeit niedergelegt und am Nachmittag zahlreiche Versammlungen abgehalten. Diese Kundgebungen galten der Durchführung des Achtstundentages und der Angleichung der Löhne an die Teuerung. Das erste Mal seit der Spaltung haben die kommunistischen, die autonomen und die sozialistischen Organisationen sich zu einem gemeinsamen Vorgehen geeinigt; die Kanalarbeiter haben sich ihnen angeschlossen. Eine Entscheidung über den Eintritt in den Generalstreik ist noch nicht gefaßt worden.

Streik in Schanghai.

In den Baumwollspinnereien von Schanghai hat sich die Lage kritisch gestaltet, da 3400 japanische Arbeiter wegen der Betriebsordnung in den Streik getreten sind. Die Streikenden haben gestern eine Spinnerei angegriffen und dort einen japanischen Werkführer getötet und die maschinellen Anlagen beschädigt. Gewisse Anzeichen lassen darauf schließen, daß der Streik auch in anderen Spinnereien propagiert wird.

Kommunistische Niederlage in Erfurt. In Erfurt haben sich die Kommunisten bei der Neuwahl der Bezirksverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes wieder eine Niederlage geholt. Sie beherrschten diese Verwaltung in der ganzen Nachkriegszeit bis zum vergangenen Jahre und machten bei den letzten Wahlen alle Anstrengungen, um ihren einstigen Besitz zurückzuerlangen. Aber auch ihre eifrige Agitation unter den Arbeitslosen hat nichts genutzt. Die noch vor zwei Jahren in ihren Händen befindliche Mehrheit im Gewerkschaftsrat ist endlich gebrochen.

Zum deutsch-französischen Wirtschaftsabkommen. Zum gestrigen Inkrafttreten des deutsch-französischen provisorischen Wirtschaftsabkommens bemerkt das „Halbamtliche“: Man beglückwünscht sich in französischen Kreisen zum Abschluß dieses Abkommens, das trotz seiner Beschränkung den Interessen einer gewissen Zahl französischer Exporteure dient. Es stellt eine glückliche Etappe in den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen dar, die dank des auf beiden Seiten befindlichen Willens zur Zusammenarbeit um so leichter fortgeschritten werden.

so gelang z. B. Beethoven's innig-zartes „Fahrt“ wohl, du gold'ne Sonne“ außerordentlich schön und ergreifend. Auf jeden Fall darf sich der Verein zu diesem höchst befähigten Dirigenten beglückwünschen und von ihm für die Weiterentwicklung des Chores viel Gutes erwarten!

Was übrigens das Programm im ganzen anbelangt, so war es alles ausschließlich auf literarisch-romantische Klänge eingestellt, so daß man bei der harmlos heiteren Weise vom Pappelmäulchen jenseits erheitert auslachte. Gibt es wirklich keine anderen Kompositionen als die ewigen Morgenbeglückungen und Waldhymnen? (Und den „Choral von Leuten“ vermisst man auch herzlich gern, ob Erfüllung oder nicht!)

Als Solisten betätigte sich Hr. Kleffel vom Stadttheater mit Liedern von Brahms und Schubert. A. R.

Der gereinigte „Fröhliche Weinberg“ in München. Sachmayers „Fröhlicher Weinberg“ ist in München gereinigt und in diesem Zustande vor den Kammerpielen der Regierungen, Studenten, Parlamentariern, Stadträten und einigen Herren Stübchen gegeben worden. Da dieses Publikum in dem so gehaltenen Weinberg keine Unstimmigkeiten mehr entdeckte, ist er zur allgemeinen Befriedigung wieder freigegeben worden.

Ein Ehrensold für Wolfgang Freiligrath. Aus Simmern wird mitgeteilt, daß im Reichsministerium gegenwärtig der Plan erwogen werde, aus Anlaß des 50. Todestages des Dichters Ferdinand Freiligrath am 18. März d. J. dem in Köln im Hunsrück lebenden 78-jährigen Sohne des Dichters, Wolfgang Freiligrath, einen Ehrensold als Zuschuß für seinen Lebensunterhalt zu gewähren.

Abendgängen bei den Berliner Reinhardt-Bühnen. Professor Reinhardt hat einer großen Anzahl der Schauspieler, Bühnenbeamten und technischen Angestellten seiner drei Berliner Bühnen mit der Erklärung geflügelt, daß die allgemeine Wirtschaftslage der Theater, verstärkt durch die Zeit der Sondersteuern, es jedem gewissenhaften Bühnenleiter zur Pflicht macht, mit der Möglichkeit der Schließung seines Unternehmens im nächsten Jahre zu rechnen.

Die Bedingungen Carnos. Die Tänzerin Niddy Impey wurde zu einem Gespiell vor Arbeitern in ihrer Heimatstadt Frankfurt a. M. geladen. Als Honorar wurden ihr „die Bedingungen Carnos“ genannt. „??“ fragte Niddy. „Das war so“, erklärt man ihr: „Carno erhielt für den Abend 1000 Dollar — nur in seiner Vaterstadt lag er um!“ — Die Tänzerin nahm lachend die Bedingungen Carnos an.

Danziger Nachrichten

Finanzrat und Vermögenssteuergesetz.

Wir berichteten bereits, daß der Finanzrat das vom Volkstag beschlossene Vermögenssteuergesetz abgelehnt hat. Die Bemängelungen der drei Paragraphen des genannten Gesetzes, auf welche der Finanzrat seine Ablehnung begründet, sind rein formaler Art. An dem Ertrage wird dadurch nichts geändert. Hierzu ist aber noch zu bemerken, daß dieses, vom Volkstag beschlossene Gesetz dadurch zustandekam, daß der Senat Änderungen des bereits bestehenden Vermögenssteuergesetzes in einem Gesetzentwurf verabschiedete. Dieser Gesetzentwurf lag auch dem Finanzrat vor, doch hatte dieser damals keinerlei Einwände zu machen. In diesem Gesetzentwurf des Senats aber waren bereits schon einzelne Bestimmungen enthalten, welche der Finanzrat jetzt beanstandet hat. Der Volkstag aber hat diese Änderungen in das bereits bestehende Vermögenssteuergesetz hineingearbeitet, um somit ein einheitliches Gesetz zu haben.

Nun hat aber der Finanzrat kein Recht, ein Gutachten über bereits bestehende Gesetze abzugeben, sondern er hat seine Zustimmung nur zu neuen Steuern zu geben. Der Finanzrat schiebt also bei seiner Stellungnahme zu dem Vermögenssteuergesetz weit über die ihm zustehenden Rechte hinaus. Bisher hat sich der Finanzrat stets nur als Schulmeister für den Volkstag und Senat aufgespielt und Schreibfehler entdeckt. Mit dieser Manier ist er schließlich der Väterlichkeit anheimgefallen, weil diese Schulmeisteri mit Finanzfachverständigenautachten wenig zu tun hat. Nun will sich der Finanzrat anscheinend anders gebärden, und nimmt sich Rechte heraus, die ihm nach der Verfassung gar nicht zustehen. Uebrigens kennt man die Weise des Finanzrates, denn sie war bereits in deutschnationalen Einmündungen bei der Gesetzesberatung zu finden. Der Finanzrat scheint sich als eine Filiale der Deutschnationalen Volkspartei zu entwickeln.

Die Danziger Einfuhrkontingente.

Am Freitag, den 26. Februar, haben in Warschau Verhandlungen über Danziger Einfuhrkontingente für die Waren stattgefunden, die gemäß der Verordnung der polnischen Regierung vom 23. September 1925 und der Danziger Regierung vom 16. Oktober 1925 zur Einfuhr in das Gebiet der Republik Polen und in das Gebiet der Freien Stadt Danzig verboten sind. Bekanntlich handelt es sich bei diesen Einfuhrverboten um eine große Reihe von Waren, auf deren Bezug aus dem Auslande die Freie Stadt nicht verzichten kann. Es sind darum bei den Verhandlungen in Warschau zunächst in ausreichendem Maße Kontingente festgesetzt worden, innerhalb deren Einfuhrlimitierungen erteilt werden können. Die Kontingente sind auf die Dauer eines Jahres berechnet.

Rechenher bleiben auch die Kontingente bestehen, die Danzig auf Grund bereits früher geführter Verhandlungen für die Waren sich gesichert hat, deren Einfuhr durch die polnischen Verordnungen vom 17. Juni 1925, vom 11. Juli 1925 und vom 7. August 1925 verboten wurde und die durch besondere Verordnungen der Danziger Regierung gleichfalls verboten worden sind.

Damit haben die Kontingentsverhandlungen, die beiderseitig auf entgegenseitigster Weise geführt wurden, ihren vorläufigen Abschluß gefunden.

Die Abwendung des Konkurses.

Während früher sich der Gläubiger bei einem Konkursverfahren mit der ihm im Schlußverfahren zugebilligten prozentualen Abfindung seiner Forderung abzufinden, ist jetzt zu verzeichnen, daß der Gläubiger bei einem Konkursverfahren oft selber in Gefahr gerät. Es liegt deshalb im Interesse des Gläubigers, das Konkursverfahren abzuwenden. Diesen Weg zur Abwendung des Konkurses einzuschlagen und Abwendung katastrophaler Folgen für den Gläubiger andererseits will der Senat in einem Gesetzentwurf zur Abwendung des Konkurses beschreiben. Es ist dieses ein Programmpunkt des jetzigen Senats. Die Verhandlungen waren zwar recht langwieriger Art, da auch die Forderungen der Kaufmannschaft genügend zu berücksichtigen waren. Wie wir hören, sind die Verhandlungen mit der Handelskammer zu einem Abschluß gekommen und ein dementsprechender Gesetzentwurf dürfte in den nächsten Tagen dem Volkstage vorgelegt werden.

Dem Wunsche der beteiligten Kreise entsprechend wird bei diesem Ausnahmeverfahren die Definitivität ausgeschlossen werden, damit den in Zahlungsunfähigkeit geratenen Firmen keine weiteren Nachteile entstehen. In dieser Beziehung wird der Gesetzentwurf den deutschen Rechtsverhältnissen voraussetzen. Eine dementsprechende Regelung wird auch in Deutschland beabsichtigt, doch sind die Verhandlungen dort noch nicht abgeschlossen.

Danzig-polnische Verhandlungen über die Vermögensverteilung der sog. alten Versicherung.

Vor kurzem teilten wir von den Mitte Februar d. J. in Berlin zwischen Danzig und Deutschland durch die Vermittlung der polnischen Regierung stattfindenden Verhandlungen wegen der Verteilung der Vermögens der sozialen Versicherungsanstalten mit, welche Danzigerseits vom Senator Wierzyński, Oberregierungsrat Grenzberg und Staatsrat Claasen vertreten sein sollten. Hierzu meldet die amtliche polnische Telegrammagentur Folgendes:

Mitte Februar d. J. fand im Berliner Arbeitsministerium die erste Sitzung der polnischen und deutschen Delegation für die Verhandlungen über die Ueberweisung der sozialen Versicherungsreserven durch das Deutsche Reich an die Freie Stadt Danzig statt. Polnischer Verhandlungsleiter war Herr Mieczysław Marchlewski, der Vertreter des polnischen Bevollmächtigten zu den polnisch-deutschen Verhandlungen. Ferner gehören der polnischen Delegation Danziger Mitglieder an, den Vorsitz der deutschen Delegation führt Ministerialdirektor Gröfner vom Reichsarbeitsministerium. Hierbei hielt Ministerialdirektor Gröfner eine Begrüßungsansprache, in der er u. a. den Dank der deutschen Regierung für das Einverständnis der polnischen Regierung, die Verhandlungen in Berlin zu führen sowie den Willen zum Ausdruck brachte, die Fragen im Geiste des gegenseitigen Verständnisses der deutschen Delegation zu regeln, der die gerechte Erledigung der Abrechnungen erleichtere. In seiner Ermüdung bemerkte Herr Marchlewski, daß die polnische Delegation den Socarino-Prinzipien gemäß den Verhandlungen einen möglichst sachlichen Charakter verleihen möchte, und drückte weiter die Hoffnung aus, daß die ganze Angelegenheit eine Lösung durch eine gerechte Berücksichtigung der Interessen der interessierten Parteien findet. Die Verhandlungen werden in der ersten Märzhälfte fortgesetzt werden.

Danzig im Lichte der Völkerbunds-kreise

Ein Interview mit dem Sekretär des hohen Völkerbundskommissars.

Der bereits vor einiger Zeit in Danzig eingetroffene Sekretär des hohen Völkerbundskommissars für Danzig, Herr E. C. van Randwijck, erteilte unserem Dr. S. Mitarbeiter ein Interview über die bevorstehende Tätigkeit des morgen vormittag in Danzig erwarteten neuen hohen Völkerbundskommissars Professor Dr. J. A. van Hamel sowohl wie auch über seine eigenen Eindrücke, die er in Danzig erhielt und die Meinung, welche er sich in bezug auf die verschiedenen Danziger Probleme bildete.

Herr Dr. J. A. van Hamel, der früher juristischer Professor an der Universität Amsterdam war, hat als Leiter der Rechtsabteilung im Völkerbundskommissariat eine siebenjährige



van Randwijck,

Sekretär des Oberkommissars van Hamel.

juristische Praxis auf dem Gebiete des internationalen Rechtes hinter sich. Für seine Reise nach Danzig nahm er alsbaldlich den Seehweg als Gast an Bord des kleinen Dampfers „Crato“, um dadurch der Freien Stadt Danzig als Hafen- und Handelsstadt zu hulbigen. Bei günstigem Wetter wird van Hamel morgen vormittag in Danzig erwartet. Herr van Hamel habe seinen Wunsch und seine Absicht wiederholt zum Ausdruck gebracht, seine Tätigkeit in Danzig in bezug auf die polnisch-Danziger Beziehungen soweit wie möglich nicht als Entscheidungsbehörde auszuüben, sondern immer alles dazu anzuwenden, um eine Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen.

Diese Absicht des neuen hohen Kommissars, der sich seine Kenntnisse der Danziger Verhältnisse aus der Völkerbunds-

praxis noch durch verschiedene eingehende Berichte des früheren Oberkommissars MacDonnell ergänzen ließ, ist auch durch-aus im Sinne des Völkerbundes. Der Völkerbunds-rat, welcher die früheren dauernden Danzig-polnischen Streitigkeiten um jede Kleinigkeit ziemlich satt hatte, ergänzte auch deswegen die Tätigkeitsordnung seines hohen Kommissars für Danzig dahin, daß letzterer immer vor seiner Entscheidung Vertreter beider Parteien zur mündlichen Verhandlung laden und immer eine Einigung herbeizuführen bemüht sein soll. Der hohe Kommissar wurde auch vom Völkerbund bevollmächtigt, bei eventl. Danzig-polnischen Streitigkeiten von den technischen Einrichtungen des Völkerbundes ausgiebig Gebrauch zu machen, um auch dadurch eine friedliche Einigung zwischen den Parteien zu erreichen.

Herr van Randwijck, auch ein Jurist von Beruf, studierte vor Antritt seines Amtes die Danziger und Danzig-polnischen Angelegenheiten und Probleme aus den Akten des Völkerbundssekretariats in Genf, wohin er speziell zu diesem Zwecke reiste.

Er habe in Danzig noch ziemlich wenig Fühlung mit den zuständigen Danziger und polnischen Stellen, mit denen ihm zusammenzuarbeiten beabsichtigt ist, genommen. Dennoch habe er bereits den Eindruck, daß im politischen Sinne in den Danzig-polnischen Beziehungen eine starke Entspannung eingetreten sei. Diese sei seiner Meinung nach auf die Verständigungspolitik des neuen Senats sowohl wie auch auf die in beiden Staaten herrschende außerordentliche Wirtschaftskrise zurückzuführen. Wenn man um die ökonomische Lage des Staates befragt ist, habe man nicht so viel Zeit und Lust für politische Angelegenheiten.

Auf die Frage unseres Mitarbeiters, wie man sich in der großen Außenwelt zu den Danziger und Danzig-polnischen Problemen stelle und ob nicht so manche Danzig-polnischen Streitigkeiten, wie z. B. der Postkonflikt, das Urteil des Völkerbundsrates günstiger für Danzig ausgefallen wäre, wenn Danzig im Völkerbund direkt vertreten wäre oder dort jemand hätte, der seine Interessen wahrnehmen konnte, antwortete Herr van Randwijck, die Außenwelt wisse, seines Erachtens, von Danzig und seinen Interessen fast gar nichts oder auch nur sehr wenig. Was den Völkerbund betreffe, sei doch Danzig in jedem Einzelfall die Möglichkeit gegeben worden, seinen Standpunkt im Völkerbunde zu vertreten.

In wirtschaftlicher Hinsicht sei Danzig ebenso als Hafen- und Handelsstadt wie auch im industriellen Sinne ganz von Polen, als seinem Hinterlande und Absatzmarkt, abhängig, deswegen sei die Wirtschaftskrise Danzigs auf die ökonomische Krise der Republik Polen zurückzuführen und eine Behebung der Danziger Krise ohne Besserung der polnischen Wirtschaftslage wohl kaum möglich sei.

Die ökonomische Lage Polens sei zwar zum großen Teil eine Folge der europäischen Krise, doch leide Polen außerdem noch extra an Geldmangel und somit an einer Zerrüttung seiner Finanzen, die am besten durch eine sehr große und auf gute Bedingungen ausgenommene Auslandsanleihe für die Wirtschaft beseitigt werden kann. Eine andere Frage sei, ob für Polen die Möglichkeit bestehe, eine solche Anleihe zu erreichen. Hierzu über aber habe er sich noch keine Meinung bilden können.

Gerichtsaal-Mosaik.

„Ein Männlein steht im Walde ganz still und stumm...“

Wissen Sie, jemanden an der Berufslehre kriegeln, wird immer irgendwie katastrophale Folgen haben. Sagen Sie zu einem Straßkehrer: „Mensch, du gehst ja mit deinem Beien um wie Raffe mit nem Tischmesser.“ Nun, je nach persönlichem Temperament, wird der Mann Sie entweder mitteilig ansehn und ein unanständiges, aber klassisches Zitat gebrauchen oder er wird Ihnen eine „Plashtern“ — auf gut Danzig ausgedrückt.

Weitentlich anders spielt sich die Sache ab, wenn Menschen mit akademischer Bildung eine höfliche Form finden, um dem anderen zu sagen, er sei ein Schuft oder wenigstens ein Schlichter, wenigstens aber ein Schlichter. Ist man noch so jung und unentwegt, so schickt man dem anderen seine Sekundanten (gewöhnlich ältere Sekundanten) und fordert ihn auf geladene Pistolen. Hat man sich dagegen des Lebens Windstärke schon reichlich um Älter und Welone pfeifen lassen, so läßt man wohl durch den Kadi die verleihte Berufslehre wiederherstellen.

Der praktische Art und Zentrumsstadtvorordneter Dr. Thun hat sich trotz seiner reifen Jahre nach Neugarten auf Schöfengericht begeben müssen, um rechts vom Richter Aufstellung zu nehmen, d. h. als Angeklagter.

Das Vorspiel zu diesem ersten Moment ist der Doppelter Frankensteinstreit.

Dr. Thun, in seiner Eigenschaft als Stadtbürger, machte in der Stadtbürgerkassensitzung vom 3. November 1925 dem Vorsitzenden des Oberverwaltungsamtes den Vorwurf der Rechtsbeugung. Senator Dr. Wierzyński legte in der Sitzung gegen diese, für einen Juristen wohl sehr schwerwiegende Anschuldigung, Verwahrung ein. Trotzdem erklärte Dr. Thun dennoch ausdrücklich, er halte die Behauptung aufrecht, Dr. Weber, der Vorsitzende des Oberverwaltungsamtes, habe eine Rechtsbeugung begangen. Der Senat stellte Strafantrag. Auf die Anklage gegen Dr. Thun wollte dieser vor dem Gericht den Wahrheitsbeweis antreten.

„Hoi, all Mann an Bord, ihr Deutschen, hißt die Flagge dort, daß sie sich frei und kühn entfalte, dieneil ich meine Rede halte...“

Und er hielt die Rede! Drei andere Dolmetscher setzten sich zu den Zeugen. Rechtsbeugung, hm, weil das also eine Beleidigung ist, wollen wir das nicht gesagt haben, es war aber... ja hm, es war... na, es war ein vorerinnommener Standpunkt des Vorsitzenden (der zum Nachteil der „freien“ Ärzte ausfiel), es war, hm, Rechtsbeugung nicht, nein — es war... na, kurz und gut es war ein Fehl spruch — Punkt! (Wäre der Schiedspruch zum Nachteil der anderen Partei ausgefallen, so wäre es natürlich für diese kein Fehl spruch, sondern gerecht.)

Durch den Raum geisterien denn auch wieder blinde Kinder, durch die angestellten Ärzte der A. D. R. Appot falsch behandelte Kranke und die bekanntermaßen seinerzeit Durchgefallenen anderen Märchen. Das merkwürdige Verhalten der Ärzte während des damaligen Ärztestreiks wurde, dank akademischer Bildung, sehr, sehr distrikt gestreift. Dagegen ritt man eine schneidige Attacke gegen einen der Weisiger des damaligen Schiedsgerichts, H. Entschuldig bestie von sechs Ärzteschleppen.

Das Gericht sah den Wahrheitsbeweis als — sagen wir auch akademisch — als „vorbeigelungen“ an. Der Amtsanwalt beantragte 300 Gulden Strafe wegen Beleidigung. Der Rat gehörte und verschiedener Triebe erkannte das Gericht auf 200 Gulden, sowie öffentliche Bekanntgabe des Urteils.

Aus der Verhandlung ein mystisches Moment — trotz eifrigen Suchens in den dicksten altkuten Werken wurde mir kein Aufschluß. Vor dem Gericht ist jeder gleich, sei jedem dies gelehrt... Ob das Halstuch aus Seide oder Wolle, ohne Ansehen der Person mißgeachtet... Es heißt gemächlich: „Angeklagten, seien Sie still!“ „Zeuge Lehmann, äußern Sie sich dazu...“ „Aber das geht doch nicht, Angeklagter...“ Es hieß aber schon oft: „Herr Oberanwalt würden Sie sich dazu äußern?“ „Herr Lehmann, was sagen Sie...“ „Herr Staatspräsident, Sie...“

Hier aber, in diesem Prozeß, hieß es schlankeweg: „Herr Doktor“. Das Dr. Thun Angeklagten war, ging nur aus seinem „Standpunkt“ hervor. Warum?

Es ist ja nur eine Frage! Ich bitte auch herzlich, meiner Rasenheit wegen um Entschuldigung, aber ich bin so lehrbegierig, Vielleicht kann jemand... Ricardo.

Minister Straßburger in Danzig. Der diplomatische Vertreter der Republik Polen, Minister Straßburger, ist von seinem Urlaub zurückgekehrt und hat seine Amtsschäfte wieder aufgenommen.

Notenaustausch im Senat. Der im Artikel 22 des zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen am 17. März 1924 abgeschlossenen Abkommen über Rechtschutts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vorgesehene

Von einem Motorrad angefahren. Der 11 Jahre alte Schüler Gerhard Kaminjki, Michaelsweg 78, trat am Montagmittag dort auf der Straße hinter einem Mädelwagen hervor, als zu gleicher Zeit ein Motorrad mit Beiwagen in Richtung Dalbe Allee vorbeifuhr. K. wurde von diesem angefahren und erlitt einen Oberschenkelbruch. Notenaustausch hat gestern im Senatsgebäude stattgefunden.

Nach im März nur einmal kempeln! Die Gültigkeit der Verfügung des Senats vom 23. Dezember 1925, durch die die zweite Stempelung der Erwerbslosen bis zum 1. März in Wegfall gekommen ist, wird auch noch für den Monat März verlängert.

Unser Weiterbericht.

Veröffentlichung des Observatoriums der Fr. Stadt Danzig.

Dienstag, den 2. März 1926.

Vorherige: Meist bedeckt, Regenschauer, stürmische westliche Winde und milde. Folgende Tage unbekannt. Niederschläge in Schauern. Maximum: + 4.4; Minimum: + 1.5.

Standesamt Danzig vom 1. und 2. März 1926.

Todesfälle: Fleischermeister Franz Reuband, 58 J. 7 Mon. — S. des Arbeiters August Bollin, 1 J. 2 Mon. — Schneiderin Martha Saworicki, 53 J. 6 Mon. — Schülerin Elisabeth Mielke, 12 J. 11 Mon. — Witwe Marie Schorisch geb. Janzen, 70 J. 3 Mon. — S. des Kupferschmieds Johannes Märtsching, 1 J. 5 Mon. — Metallbreher Hermann Czeranski, 63 J. 5 Mon. — Ehefrau Marie Blum geb. Börner, 67 J. 1 Mon. — S. des Reisenden Karl Engelbrecht, totgeb. — Unehelich: 2 Söhne.

Wasserstands-nachrichten vom 2. März 1926.

Strom-Weiche	28.2.	1.3.	Graudenz	..	+2.60	+2.76
Arkau	-0.28	-1.66	Kurzbrack	..	+2.93	+3.06
	28.2.	1.3.	Montauerpitze	..	+2.40	-2.50
Zawisch	+2.05	+1.91	Pieckel	..	+2.52	+2.62
	28.2.	1.3.	Dirschau	..	+2.50	+2.56
Warschau	+1.88	+2.58	Einlage	..	+1.98	+1.76
	1.3.	2.3.	Schwenhorst	..	+	+2.02
Plaß	+1.22	+2.25	Ho. at. Wasserf.	..		
	1.2.	2.3.	Schönan D. P.	..	+	+6.68
Thorn	+2.51	+2.32	Galgenberg D. P.	..	+	+4.80
Forde	+2.46	+2.72	Neuhorsterbush	..	+	+2.00
Eulm	+2.57	+2.59	Amwachs	..	+	+

Aus dem Osten

Die Mordtaten polnischer Schnitter.

Sechs Morde aufklärt. — 40 Verhaftungen in der Altmark.

Gegen Ende 1925 war es gelungen, im Kreise Pommern eine fünfköpfige polnische Räuber- und Mörderbande zum großen Teil unschädlich zu machen. Der Bande konnten im ganzen zehn Morde nachgewiesen werden. Im Januar wurde über alle Bandenmitglieder in Stargard das Todesurteil ausgesprochen. Außer dieser bereits abgeurteilten Bande war in der Altmark, in Pommern eine zweite Bande am Werk, die jetzt auch gefangen worden ist. Ihre letzten Schandtaten waren der Mord an dem Aufseher Rehnke und seiner Frau auf dem Rittergut Kienerslage bei Dierburg, und der Mord an dem Oberlandwägenführer, den sie am 5. Januar verübten. Den Aufseher Rehnke fürchteten sie, weil er von ihren Verbrechen zu viel wusste und sie gewärtig sein mußten, daß er sie der Polizei übergeben würde, sobald er sie ergreift. Nachmittags drangen sie in seine Wohnung ein und schossen ihn und seine Ehefrau ohne vorangegangenen Wortwechsel nieder. Den Oberlandwägenführer erschossen sie hinterhältig und entkamen auf einem Fahrrad, das Stargard aufsuchte. Mörder hielten tags zuvor die Braut des einen Banditen verhaftet, und um sich zu rächen, räumten sie ihn aus dem Wege.

Haupttäter ist in beiden Fällen der jetzt erst verhaftete 21 Jahre alte Marian Urban, der sich auch Duda nennt. Ihn fällt auch noch ein am 17. Dezember in Juchow, Kreis Neustettin, begangener Mord zur Last. Als Mittäter kommt der 27 Jahre alte polnische Arbeiter Janusz Kowaczynski in Frage, der aber bei seiner Festnahme durch Selbstmord endete. Am 3. August 1924 wurde ein Polenaußenseher in Markhausen bei Neustettin aus Mache ermordet. Man hatte den Aufseher mit einer Wirtshausniederlage geschlagen und dann mit einer Pistole erschossen. Am 31. Mai 1925 wurde in Hermannsburg ein Einbruch in ein Konfektionsgeschäft verübt, wobei ein auf Urlaub befindlicher Reichswachtmeister, Pöhl, von den Banditen getötet wurde.

Einzelne dieser Banditen werden noch gesucht, und zwar ein gewisser Joseph Pattenad; der sogenannte „Blinde Johann“.

Ein junges Mädchen verbrannt.

Die aus Neustettin gemeldet wird, brach auf einem Grundstück in der Friedrichstraße ein Großfeuer aus. Das Feuer breitete sich mit so ungeheurer Geschwindigkeit aus, daß ein junger Mann, der sich im oberen Stockwerk befand, den Weg zur Treppe nicht mehr frei fand, sich durch einen Sprung aus dem Fenster rettete. Ein junges Mädchen ist in den Flammen umgekommen.

Familientragödie in Straßburg.

In ihrer Wohnung versuchte die Ehefrau des Maurers Greve sich und ihr Kind durch Vergiftung zu vergiften. Mitbewohner nahmen harten Wassergeschrei wahr und ließen die Wohnung öffnen. Mutter und Kind wurden brennend aufgefunden. Sofort angeordnete Wiederbelebungsvorversuche hatten Erfolg, beide konnten gerettet werden. Die Frau gab ihren Vorfall, sich das Leben zu nehmen, aber nicht auf, sondern entfernte sich am Sonntagmorgen früh um 5 Uhr aus ihrer Wohnung. Jetzt wurde ihre Leiche zwischen der Ruderbootstation und der Badeanstalt in Straßburg von Spaziergängern gefunden und von der Schutzpolizei geborgen. Grund zur Tat soll ein jahrelanger Familienzwist sein.

Hohenstein (Ostpr.). Einen seltsamen Fund machte der Besitzer Gustav Schöber aus Wipperf. Auf dem Wege nach Hohenstein fand er am Osterfestabend einen in Tüchlein umgewickelten, circa 14 Tage bis drei Wochen alten Knaben. Auf seine sofortige Meldung bei der Polizei brachte man den schon halb erstarren Kindling in das Krankenhaus, wo er, nachdem er erwärmt und gebadet worden war, ganz gesund und munter nach seiner Mutter strebt. — Nach den Ermittlungen der Polizei ist die bis dahin noch nicht namentlich bekannte Mutter mit dem Allensteiner Bornitzgasse hierher gekommen, ist am Osterfestabend entlassungsgeworden und hat ihr Kind ausgeholt.

Königsberg. Den Bruder im Streiter erschossen. Sonntag vormittag hat im Hause Altschlagische Langgasse 70 nach einer Geburtstagsfeier bei einem insofern wichtigen Anlaß ein Schuss in der 23 jährige Faktor Erich Meyer seinen um fünf Jahre älteren Bruder, den Bauarbeiter Viktor Meyer, erschossen. Der

Ältere wurde verhaftet. Die Tat scheint im Zustande des Affekts begangen worden zu sein.

Stettin. Letzte Besserung des pommerschen Arbeitsmarktes. Die Besserung der Lage des allgemeinen Arbeitsmarktes, günstig beeinflusst durch die milde Witterung, nimmt zu. Gegenüber der Vormwoche sank die Gesamtzahl der gemeldeten Arbeitslosen Pommerns um rund 1300 Personen, und zwar betrug die Abnahme u. a. im Baugewerbe rund 570, bei den Angelernten rund 435 und in der Landwirtschaft rund 130 Personen. Eine nennenswerte Steigerung der Arbeitslosigkeit weist nur noch der fast ständig verschlechternde Arbeitsmarkt der Angelernten auf, und zwar um rund 35 Bewerber.

Aus aller Welt

Ein Geständnis der Gräfin Voßmer.

Der Brief der Schwester Hieronyma von ihr selbst geschrieben.

Die Affäre der Gräfin Elinor von Voßmer, die in diesem Monat wieder neu aufgerollt werden wird, hat jetzt durch die Gräfin selbst eine sensationelle Wendung genommen. Die Gräfin hat, wie die „Nachtausgabe“ meldet, ein Geständnis abgelegt, daß sie den verhängnisvollen Brief der Schwester Hieronyma selbst geschrieben habe.

Der Prozeß selbst wird endgültig am Donnerstag, den 11. März, vormittags 9 Uhr, vor dem Großen Schöffengericht in Potsdam beginnen. Hierbei wird natürlich das Geständnis der Gräfin eine sehr große Rolle spielen. Die Gräfin erklärte bei der Ablegung ihres Geständnisses, daß sie durch die langen Nachtwachen am Bette der kranken Präsidentin Mied und durch die anstrengende Pflege der Patientin benommen worden sei. Sie will dann mehr oder weniger im Traumzustand gehandelt haben. Aus diesem Grunde werden auch mehrere Sachverständige während der Verhandlungen gehört werden, die angeben sollen, ob so etwas bei der Gräfin möglich war.

Wie noch in Erinnerung sein dürfte, hat die Schwester Hieronyma bei der Vernehmung auf das entschiedenste bestritten, daß sie selbst den Brief verfaßt oder geschrieben habe.

Eine mysteriöse Bluttat.

Eine schwerverwundete Frau aus einem Automobil geworfen.

Vor dem Dorfe F r e r i e s bei Amiens wurde Sonntagabend eine schwer verwundete Frau aus einem Automobil geworfen, das mit verhängten Fenstern in rasender Geschwindigkeit auf der Straße von Amiens herankam. Vorher hatten Passanten aus dem Wagen Schreie und Hilfsrufe gehört. Die Identität der Verwundeten konnte festgestellt werden. Sie heißt Juliette Foré und ist eine Putzmaierin aus Amiens, die zwar schon einen erwachsenen Sohn hat, aber Bekanntschaften mit Männern nicht abweist. Was der Unglücklichen geschehen ist, konnte bisher nicht festgestellt werden, da Madame Foré sofort operiert werden mußte und nicht vernunftfähig ist.

Gräßliches Autounglück bei Amsterdam.

Bom Zug überfahren.

An der Chaussee nach Overijssel versuchte Sonntagabend ein Ford-Automobil kurz vor dem Passieren des von Eindhoven nach Amsterdam unterwegs befindlichen Spätzuges 118 trotz der Warnungssignale des Lokomotivführers den Eisenbahnübergang Stobbeberg zu überqueren. Trotzdem der Lokomotivführer den Zug zum Stillstand zu bringen versuchte, wurde das Auto von der Maschine erfasst und vollständig vernichtet. Die beiden Insassen konnten nur als schrecklich verstümmelte Leichen geborgen werden.

Fünf Automobilisten ertranken. In der Nähe von Verobru, einer Stadt in Mittelschweden, fuhr, wie die „B. J.“ berichtet, zwei Automobile in eine offene Fahrtrinne des Binnensees Hjälmar, wobei fünf Personen ertranken.

Drei Personen durch Gasvergiftung getötet. In Köln-Mülheim wurden Sonntag der Arbeiter Peter Gassen, seine Frau und sein achtjähriges Töchterchen im gemeinsamen Schlafzimmer infolge Gasvergiftung tot aufgefunden. Der dreizehnjährige Sohn, der im anderen Zimmer geschlafen hatte und erst morgens das Zimmer der Eltern betrat, mußte ebenfalls infolge Gasvergiftung ins Krankenhaus gebracht werden. Das Unglück ist durch einen beschädigten Schlauch verursacht.

Der Strafantrag im Bartels-Prozeß.

1 1/2 Jahre Gefängnis. Keine Aberkennung der Ehrenrechte.

Montag vormittag haben im Prozeß Bartels die Staatsanwälte mit ihren Plädoyers begonnen. Von den beiden Vertretern der Anklage sprach als erster Staatsanwaltstaatsrat Biegel. Er ging ausführlich auf die Beweisaufnahme ein und kam zu dem Ergebnis, daß der Angeklagte der ihm zur Last gelegten Straftaten überführt sei. Bartels habe sich schwerer Pflichtwidrigkeiten schuldig gemacht, er habe sich gegen den § 332 des Strafgesetzbuches (Bestechung) vergangen und sich außerdem einer einfachen Urkundenfälschung schuldig gemacht.

Nach über zweistündigem Plädoyer kam der Staatsanwalt zu folgendem Strafantrag: Der Angeklagte Bartels sei einer einheitlichen fortgesetzten Handlung der Bestechung und einer ebenfalls Handlung der Urkundenfälschung schuldig. Er beantragte gegen Bartels eine Gefängnisstrafe von insgesamt 1 Jahr 6 Monaten 3 Wochen, von denen 6 Monate 3 Wochen auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet werden. Ferner beantragte er, dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte zu lassen, ihm dagegen die Fähigkeit der Bekleidung öffentlicher Ämter für 5 Jahre abzuschneiden.

Wieder ein Eisenbahnunglück in Frankreich.

Sechzehn Verletzte.

Auf dem Bahnhof Lyon—Verrache ereignete sich am Sonntagmorgen ein Zusammenstoß. Ein Güterzug fuhr auf einen im Bahnhof stehenden Schnellzug auf, wobei die beiden letzten Wagen des Schnellzuges zertrümmert wurden. Sechzehn Reisende erlitten Verletzungen und Quetschungen. Nur einer davon wurde schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Ein Wettlauf mit dem Tode.

Wird Treiblich-Vinceln seinen Sohn erschützen?

Dem bekannten Abenteuerer Treiblich-Vinceln, der seinerzeit Angehöriger des Unterhauses war, später aber wegen Spionageverdachts England verlassen mußte, ist vom Minister des Innern die Einreiseerlaubnis erteilt worden, damit er von seinem Sohn John Vinceln, der wegen Mordes zum Tode durch den Strang verurteilt wurde, Abschied nehmen kann.

Die Einrichtung des John Vinceln wird am heutigen Dienstag im Gefängnis Shepton Mallet erfolgen. Unterwarterweise ist aber nun Treiblich-Vinceln, der aus Exon herbeieilt, in Marseille aufgehalten worden, so daß er nicht, wie anzunehmen war, am Sonntagabend in Folkestone landen konnte. Als Treiblich-Vinceln auf dem Dampfer „Coblenz“ in Marseille eintraf, konnte er seine Rechnung nicht bezahlen. Es ist somit fraglich, ob Treiblich-Vinceln noch rechtzeitig in England eintreffen kann, denn die Behörden haben es abgelehnt, die Einrichtung des Sohnes Vinceln, die heute vormittag stattfinden soll, zu verschieben.

Ein Großfeuer in Heilbronn. In Sindringen (Oberamt Dering) bei Heilbronn brach nach einer Blättermeldung in der Nacht vom Sonntag in sieben Scheunen gleichzeitig Feuer aus. Die Scheunen wurden vollständig zerstört, ebenso ein Wohnhaus, dessen Mieter und Besitzer mit Familien nur das nackte Leben retten konnten. Man nimmt Brandstiftung an.

Eine 12 jährige Mutter. Im Greizer Landkrankenhaus wurde die 12 Jahre alte Tochter einer Varenfürerfamilie, die sich bettelnd im Lande umhertrieb, von einem Kinde (4 Pfund schwer) entbunden. Mutter und Kind sind wohl. Als man dem „Kinde“ das Neugeborene zeigte, rief die junge Mutter empört aus: „Weißt es zum Fenster hinunter!“ Die Mutter der „Mutter“ jagt mit den Varenführern weiter und ließ Kind und Entleind hier zurück.

Die deutsche Eishockeymeisterschaft gewann am Montagabend im Berliner Sportpalast der Berliner Schlittschuhklub gegen den Sportklub Charlottenburg mit 7:0 (Vorhalbzzeit: 5:0).

Wieder ein großer Posteinbruch. Von Einbrechern wurde in der Nacht zu Sonntag das Postamt Lethin bei Frankfurt a. M. heimgesucht. In dem Amtsbau befinden sich die Diensträume, die durch eine eiserne Tür gesichert waren. In der Nacht zum Sonntag brachen noch unbekannte Verbrecher die Eisentür auf, inakbenten regelrecht den Geldschrank auf und stahlen daraus 700 Mark bares Geld und für 1800 Mark Wertgegenstände aller Art. Briefe, Steuern, Invaliden- und Wechselnennungen wurden. Der Einbruch wurde erst entdeckt, als morgens kurz vor 6 Uhr der erste Beamte zum Dienst erschien. Die Nachforschungen auf den Stationen blieben jedoch erfolglos.

Liebe kleine Limoloo

FRED ANDERSENS HOLLENFAHRT

Roman u. Otfried von Henstein.

Dr. Büttner war kein Freund von Festen, am wenigsten von Ballen, die ihn an heißen Tropenabenden gar in den Bruch zwängen, aber heute machte er nicht allein sein, und ehe morgen der Dampfer ihn ostwärts nach San Francisco trug, zeigte es ihm auch einmal, einen Blick in das Leben der Gesellschaft von Honolulu zu tun. Er trat in das Hotel, in dem er jetzt die Zimmer, die Don Almarides besetzt und im voraus bezahlt hatte, allein bewohnte, machte schnell Toilette und mischte sich dann unter die Gäste des Gouverneurs.

Was für ein Reiz! Nein, am Weihnachtstage darf der Mensch nicht allein sein, wenn auch eine bescheidene kleine Tanne in der heulenden Heimat ihm heute lieber gewesen wäre, als der Plumpdubing des Gouverneurs. Nicht denken! Nicht sentimental werden! Er war ein einzelner Mensch, den nichts mehr in der Heimat erwartete. Die Eltern waren tot — ein vergessener Schnitzhacker der Flak, auf dem einst das Vaterhaus stand, das der Weltkrieg in Trümmer geworfen. Und das Mädchen, das einst seine Braut gewesen — nicht denken! — sie war glücklich, was wollte er mehr! Und doch hatte er sich unwillkürlich wieder von der frühlichen Gesellschaft, die sich trotz der Hitze um das weiß geöffnete Portal des Langhauses drängte, gesondert. Die Langhaus war hier der Flak. Ein kleiner Reiter, auf dem große, weiße Blumen prangten, an dessen Ufern hochbeinige Flamingos erkannt ihre Köpfe hoben und zu der Musik händergellender Instrumente schienen.

Hier war es still. Ein Mann des Langhauses öffnete sich zu diesem Teile des Parkes und auf diesem Mann hingen zwei Namen. Einen lässigen Blick warf Oswald Büttner hinauf, dann blieb er gefesselt stehen. Was war das für eine Gestalt? Soll belächelt von den großen, elektrischen Radelsternern und eine junge Frau blickte an der Brüstung. Der Mann war nicht hoch und der Doktor anweit unter einem blühenden Busch, so daß er deutlich ihr Gesicht zu erkennen vermochte.

Mit großen, dunklen Sonnenbrillen, die einen seltsamen, ironisch schmerzlichen Ausdruck hatten, blickte sie wie in tiefer Scham auf. Hinweg über den Park, als such-

ten ihre Blicke auf dem Spiegel des in der Abendsonne weit draußen blinkenden Meeres das Ziel ihres Sehens.

Zart war sie und schlank. Ueberzart fast im Gegensatz zu der großen Dame an ihrer Seite, in der Büttner die die Gattin des Gouverneurs erkannte. Sie trug ein Gewand aus kostbarer, grüner Seide, aber es war nicht, wie das der Gouverneurs-Frau, nach Pariser Schnitt, sondern weit, waltend, etwa wie das der Samoanerinnen, und aus diesem Auschnitt wuchsen schlank und zart ein sammtbrauner Hals und zwei ebenbürtige Arme.

Als einzigen Schmuck trug sie einen großen, aus kostbaren Edelsteinen zart gefügten Schmetterling in der Mitte eines dunklen Bandes, das über die Stirn hing, so daß der Schmetterling fast wie ein drittes Auge erglänzte. Sonst nur Blumen, leuchtende Blumen! Eine dunkelrote Hibiskusblüte im schwarzen Haar, eine ebenbürtige am Auschnitt des Kleides und rote, brennende Blumen über das grüne Kleid verstreut.

Sie stand an der Brüstung und die Gattin des Gouverneurs hatte zwar das bekannte verbindliche Lächeln, das ihr zur zweiten Natur geworden war, aber ihr großartiges, stolzes Gesicht schien noch um eine Nuance kühler als sonst.

Dr. Büttner war von der eigenartigen Gestalt gefesselt. Eine vornehme Dame machte sie sein, er hätte sie fast Lady Russell in ihrer Nähe und doch —

Jetzt sah der Doktor sich um. Aus dem Langhaus trat Ritter Wheeler, Leutnant auf His Majesty Ship „Excel“, dem englischen Kriegsschiff, das seit drei Tagen im Hafen von Honolulu lag und eine Kavarie ausbelebte. Der Doktor hatte im Hotel seine Bekanntschaft gemacht.

Jetzt war ein Zug des Bedauerns auf dem Gesicht des Deutschen.

„Armer Ritter Wheeler! Bei dreihundertfünfzig Grad Hitze einen Zimmern tanzen?“

Der Leutnant antwortete: „Ach, Sie!“

„Verzeihen Sie eine Frage, Herr Leutnant.“

„Was?“

„Wer ist dort jene Dame?“

Ein Schelm schaute um den Mund des Engländers, das der Doktor nicht verstand.

„Miss Limoloo, die Amerikanerin.“

„Limoloo? Was ist ein merkwürdiger Vorname.“

Er antwortete: „Ach, Sie!“

„Daran ist nichts, nämlich unter den Mohave-Indianern.“

„Sie wollen doch nicht lachen?“

„Dah sie eine Mohave-Indianerin ist? Gewiß.“

„Sie meinen, sie hat von früheren Generationen her indianisches Blut in den Adern?“

„Aber nein! Eine echte Indianerin! Es ist gar nicht so lange her, daß sie den Körper mit Fett gesalbt, im Lendensturz und mit Blumengirlanden um die Feuer des Heimbörches tanzte.“

„Sie scherzen.“

Der Doktor konnte nicht hindern, daß ein etwas ärgerlicher Ton in seiner Stimme lag, aber der Leutnant lachte harmlos.

„Aber nein! Ich vermute — wenn das übrigens recht kleidsame samoanische Gewand es nicht diskret verhüllte, würde man auf ihrem recht niedlichen Rücken eine große tätowierte Sonne sehen. Das ist so Sitte bei den Mohave-Indianern.“

Der Doktor wurde wirklich ärgerlich.

„Ich bitte Sie, Herr Leutnant, wie käme eine Mohave-Indianerin an die Seite der Gouverneurin?“

„Erlauben Sie, Ritter, Miss Limoloo ist die rechtwähige Gattin des Ritters Fred Andersen, eines Amerikaners, welcher Hauptaktionär verschiedener großer Unternehmungen ist, eines Mannes mit dem hohen Verdienst, ein außerordentlich reicher Mann zu sein. Und dieses Verdienst weiß man auch in Honolulu zu schätzen. Im übrigen, begnügen Sie sich, der Dienst im Ballsaal ruft. Glauben Sie mir, der Dienst während eines Raufens ist erfrischender.“

Er eilte in den Ballsaal zurück, verneigte sich in der Tür vor der Tochter eines Generals und verschwand mit ihr. Limoloo stand noch immer an der Brüstung und blickte hinaus auf das Meer, und die Gattin des Gouverneurs war inzwischen in den Saal zurückgetreten. Jetzt waren die beiden ganz allein im Freien, die rätselhafte Fremde auf dem Altan und der Doktor unten zwischen den Büschen. Büttner war in der Tat empört. Was war das für eine törichte Art, ihn so anzuführen! Diese vollendete Dame eine Mohave-Indianerin mit einer tätowierten Sonne auf dem Rücken! Warum hatte er ihm nur nicht sofort Gleiches mit Gleichem vergolten und ihm gesagt, die Gattin des Gouverneurs wäre auch keine Amerikanerin, sondern in Wahrheit die Schwester des Kaisers von China und hätte zu „goldenen Lilien“ verkrüppelte Füße!

„Warte lieber Wheeler! Heute ist Weihnacht und nicht der erste April, das sollst du mir hüben!“

(Fortsetzung folgt.)

WIRTSCHAFT * HANDEL * SCHIFFFAHRT

Wie kann die polnische Wirtschaftskrise behoben werden?

Polen den anderen Ländern gegenüber. — Die Währungsverhältnisse. — Die Handelsbeziehungen mit Rußland.

Die ökonomische Krise Polens, welche naturgemäß auch Danzig in Mitleidenchaft zieht, hat zwar verschiedenes Abseitiges mit den anderen Ländern, welche gegenwärtig eine Wirtschaftskrise durchleben, sie hat jedoch außer dem etwas spezifisch polnischen, was mit dem Beheben der allgemeinen Krise noch lange nicht gehoben wird.

Die ganze Welt durchläuft jetzt eine Agrarkrise, deren Ursache seit 1920 datiert. Das ist nicht etwa eine Überproduktion der Vorkriegszeit gegenüber, sondern die durch den Weltkrieg herbeigeführte Verarmung der Welt, welche ihrerseits die Konsumtion der Landprodukte erheblich verringerte.

Dagegen ist die Industrie- und Handelskrise bloß eine europäische. Weil diejenigen Überseeländer, welche vor dem Kriege die europäischen Industrieerzeugnisse waren, wie z. B. Australien, China, Kanada, Japan, Indien usw., sich während der Kriegszeit notgedrungen in industrieller Beziehung selbstständig machen mußten, so daß Europa diese Märkte, sei es ganz, sei es auch zum Teil, verlor. Es kommt es, daß der Außenhandel der Überseeländer im Jahre 1925 dem letzten Kriegsjahre 1913 gegenüber ungeheuer gesunken war. In Amerika um 30, in Kanada um 90, in Japan um 64, in Australien um 35 Prozent usw., während er in Europa stark zurückging. In Deutschland um 47, in Belgien um 34, in England um 6 Prozent usw. Außerdem haben sich die 35 europäischen Nachkriegsstaaten einander durch neue Zoll- und Warenaufschranken verschlossen, so daß sich dadurch auch die inneruropäische Konsumtion der Industrieerzeugnisse sehr erheblich verringerte.

Dies sind Wirtschaftsfaktoren, welche für alle, von der Krise heimgeführten Länder, darunter auch Polen, gemeinsam gelten. In Polen treten aber noch spezielle Momente in Erscheinung, welche zu den anderen Ländern im umgekehrten Verhältnis stehen. Nach dem von uns neulich angeführten Wirtschaftsbulletin des Völkerverbandes zeigen die Großhandelsindexziffern aller europäischen Länder, mit Ausnahme von Polen, eine Niedrigstendenz, während sie in Polen eine steigende Tendenz aufweisen.

Hierfür sollen die amtlichen Großhandelsindexziffern der verschiedenen Länder im Januar und Dezember 1925 dem Vorkriegsjahre 1913 gegenüber eintraffen: England 171,1 und 153,2 Prozent; Deutschland 138,2 und 121,5 Prozent; Tschechoslowakei 104,8 und 96,6; Österreich 147 und 125; Ungarn 220,7500 und 188,3200 Prozent; Nordamerika 160 und 156,2 Prozent; Polen aber 119,5 und 154,8 Prozent. Während wir also in den anderen einen Rückgang von 3,8 (Nordamerika) bis 82 Prozent (Tschechoslowakei) zwischen Januar und Dezember 1925 bemerken, sehen wir in Polen in derselben Zeitperiode eine Steigerung um 35,3 Prozent. Wenn man auch den Rückgang der polnischen Währung um etwa 28 Prozent berücksichtigt, bleibt immerhin noch eine Steigerung der Großhandelsindexziffer um 7,5 Prozent, was dem Durchschnitt der anderen Länder gegenüber immerhin noch einen Unterschied von 38,2 und den direkten Nachbarstaaten Polens — Deutschland und der Tschechoslowakei — gegenüber einen solchen von 56,8 Prozent ergibt.

Der Grund hierfür liegt zweifellos in der Währungsfrage. Eine Inflation, die nach sich die Einführung einer neuen Währung zog, brachte die Nachkriegszeit in drei Ländern hervor: Deutschland, Polen und Österreich. Aber während in Deutschland der Notenumlauf, inklusive Rentenmark, im Jahre 1925 durchschnittlich zirka 5 Milliarden betrug, seine Gold- und Devisenbedeckung zwischen 52 und 58 Prozent schwankte und die Kleingeldscheine zum Notenumlauf im Verhältnis von 20 zu 100 standen; während der Notenumlauf im kleinen Österreich im Jahre 1925 etwa 950 Millionen Schilling betrug, wovon nur 7 Prozent Kleingeldscheine und die Deckung an Gold- und Devisenbörse zwischen 45 und 58 Prozent schwankte, währenddessen hatte Polen Ende 1925 bei einer Deckung von etwa 35 Prozent einen Notenumlauf von kaum 400 Millionen und nebenbei einen Umlauf von ungedeckten Kleingeldscheinen in Höhe von 434 Millionen Lot, also ein Verhältnis von etwa 105 zu 100!

Es dürfte deshalb kein Wunder nehmen, daß die Arbeitslosigkeit in Polen ein selbst für die jetzigen Verhältnisse ungeheures Maß annahm. Denn während die ungeheure Arbeitslosigkeit Deutschlands 19,4 Prozent der allgemeinen Zahl der beschäftigten Arbeiter ausmacht, steht die Ziffer der polnischen Arbeitslosen zu der Zahl der Beschäftigten im Verhältnis von 40 zu 100.

Polen muß also, bloß um den anderen Ländern wirtschaftlich gleichzukommen, damit seine Wirtschaftskrise bei einer eventuellen Besserung der Weltwirtschaftslage mit behoben werden soll, eine große Anleihe, und zwar in der Höhe haben, welche ihm die entsprechende Verärgerung seines Notenumlaufs bei einer Deckung von etwa 50 Prozent und die Ablösung der ungedeckten Kleingeldscheine, ferner die ausreichende Kreditgewährung am Handel und Industrie ermöglichen würde.

Und wenn man in Polen die angekündigten Handelsbeziehungen mit Rußland ersprießlich entwickeln will, muß Handel und Industrie in erster Linie in die Lage versetzt werden, langfristige Kredite gewähren zu können. Polen ist nämlich nicht in der Lage, von Rußland so viel Rohstoffe in Tausch zu nehmen, wieviel es seine Waren in Rußland absetzen könnte. Rußland aber ist nicht imstande, mindestens vorläufig nicht, ausländische Waren gegen Rasta zu kaufen, vielmehr kann es diese erst nach dem Weiterverkauf in Rußland beden. S-f.

Die Sanierungsaktion der Polnischen Handelsbank in Polen.

Der Gläubigerausschuß der Polnischen Handelsbank in Polen hat mit der Lemberger Sanierungsgruppe, die durch Bientowski und Monczynski vertreten wird, eine Vereinbarung abgeschlossen, die am 27. März d. J. in Kraft tritt. Die Aufhebung der über die Bank verhängten Geschäftsaufsicht ist für April im Aussicht genommen. Die Vereinbarung, die eine Sanierung der Bank ermöglichen soll, ist an die Bedingung geknüpft, daß das Finanzministerium bzw. ein staatliches Kreditinstitut sich bereit erklärt, die sofortige Auszahlung sämtlicher Forderungen bis zu 1000 Lot, sowie von 10 Prozent der darüber hinausgehenden Beträge sicherzustellen, und zwar hat die Auszahlung zwei Wochen nach Aufhebung der Geschäftsaufsicht zu erfolgen. Im übrigen sollen solche Forderungen voll befriedigt werden, für die die Gläubiger ein Moratorium von 2 1/2 Jahren einräumen. In diesem Falle sind 10 Prozent im Laufe eines halben Jahres noch Wiederaufnahme der Tätigkeit durch die Bank auszusprechen, sobald in sieben Quartalsabständen je 10 Prozent, nach Ablauf des achten Quartals die restlichen 20 Prozent. Gläubiger, die eine solche Proportionalität ihrer Forderungen ablehnen, sollen insgesamt 80 Prozent des Schuldbeitrages erhalten: 10 Prozent nach Aufhebung der Geschäftsaufsicht, sobald alle vier Monate je 15 Prozent und nach anderthalb Jahren 10 Prozent. Zinsen werden in der vereinbarten Höhe für die Zeit bis zur Verhängung der Geschäftsaufsicht, d. h. bis zum 12. September

1925, gezahlt. Für die Zeit, während deren die Bank unter Geschäftsaufsicht stand, werden Zinsen überhaupt nicht, nach Aufhebung der Geschäftsaufsicht dagegen in folgender Weise bezahlt: Im Laufe von anderthalb Jahren werden die Forderungen mit 8 Prozent, die Forderungen in fremder Währung mit 2 Prozent p. a. verzinst. Nach anderthalb Jahren wird die Bank den normalen Zinsfuß aufnehmen.

Die Pläne der Danziger Messeleitung.

Die amtliche Mitteilung des polnischen Handelsministeriums betreffend die offizielle Beteiligung der polnischen Industrie an der Internationalen Warenmesse in Danzig gibt uns nunmehr Gelegenheit, über die Pläne der Messeleitung weitere Einzelheiten zu veröffentlichen. Die Danziger Frühjahrsmesse fiel aus; zunächst wegen der allgemeinen Wirtschaftslage, sodann aber auch infolge der Tatsache, daß der deutsch-polnische Handelsvertrag noch immer nicht unter Dach ist. Für die ausfallende Frühjahrsmesse wird eine internationale Warenmesse in Danzig veranstaltet, an der in der Hauptsache geschlossene Industrie-verbände und Regierungen teilnehmen sollen.

Die von der Messeleitung in den letzten Wochen geführten Verhandlungen haben in Polen einen beachtenswerten Erfolg gehabt. Bei der letzten Konferenz des Messedirektors in Warschau erklärte sich das polnische Industrie- und Handelsministerium bereit, das Protektorat über eine polnische Industrie-Ausstellung in Danzig zu übernehmen, die im Rahmen der Internationalen Warenmesse durchgeführt werden sollte. Auch aus Griechenland liegt die offizielle Zusage betreffend die Beteiligung vor. Mit Norwegen wird noch verhandelt, ebenso mit Rußland. Gerade die Beteiligung Rußlands mit einer umfangreichen Kollektivausstellung wird in Danzig begrüßt werden. Die in Danzig etablierte russische Handelsvertretung, an deren Spitze seit Herbst vorigen Jahres Herr Potajonoff steht, bemüht sich außerordentlich die russischen Wirtschaftsorganisationen von der Notwendigkeit der Beteiligung Rußlands an der Internationalen Warenmesse in Danzig zu überzeugen. Natürlich wird auch Deutschland nicht fehlen. Es wird repräsentiert durch die Danziger Handelsvertreter, die in der Mehrzahl führende deutsche Firmen vertreten und solche Waren an den Markt bringen, die auch zur Zeit im polnischen Zollgebiet noch handelsfähig sind. Die Beteiligung der Danziger Industrie dürfte sich in einem beträchtlichen Rahmen halten.

Die Messeleitung ist weiter bemüht, auch die palästinensische Kollektivausstellung, die zur Zeit in Jaffa abgelehnt wird, nach Danzig zu bringen. Für die Wahl des Termins, 24. April, ist eigentlich die große Ausstellung für Kunst, Kunst, Hotel- und Gastwirtschaftsgewerbe ausschlaggebend gewesen. Diese Ausstellung wird bekanntlich in der Messehalle Technik untergebracht. Sie soll am 30. April eröffnet und zugleich mit der Internationalen Warenmesse am 2. Mai geschlossen werden. Da an der großen Ausstellung für Kunst, Kunst, Hotel- und Gastwirtschaftsgewerbe fast die gesamte Danziger Nahrungs- und Genussmittelbranche teilnehmen wird, bedeutet diese Veranstaltung, auf dem gleichen Ausstellungsgelände durchgeführt und nur wenige Tage später eröffnet, eine wertvolle Ergänzung und Bereicherung des gesamten Ausstellungsprogramms der Messeleitung.

Die V. Danziger Internationale Messe soll im September dieses Jahres stattfinden.

Der Segen des Meeres.

Die Danziger Fischerei im Monat Januar.

Mit der Fischerei vom Danziger Staatsgebiet aus beschäftigten sich auf See 51 Motorfischer und einige Ruder- und Segelboote. Die Fischerei erstreckte sich hauptsächlich auf Breiellings- und Heringsfang. Die Fangergebnisse sind, wie aus nachfolgender Zusammenstellung ersichtlich, sehr gering gewesen. Aus dem Ertrage konnten die Unkosten für Betriebsstoffe und für Schäden an den Gezeugen in den meisten Fällen nicht gedeckt werden. Die wirtschaftliche Not der Fischer ist in dem Berichtsmonat noch größer geworden, so daß die Fischer mit berechtigter Sorge in der Zukunft entgegenzusehen.

Die Zusammenstellung der Fänge ergibt für den Monat Januar eine Fischmenge von 220.100 Kilogramm im Gesamtwerte von 63.558 Gulden. In Fängen wurden eingebracht: Breiellings 176.000 Kilogramm zu 20—25 Pfennig je Kilogramm, Herings 37.100 Kilogramm zu 60—70 Pfennig je Kilogramm, Sards 390 Kilogramm zu 4—5 Gulden, Zander 110 Kilogramm zu 2—2,40 Gulden, Breiten 2000 Kilogramm zu 0,80—1,00 Gulden, Karpfen 20 Kilogramm zu 2—2,50 Gulden, Schleie 600 Kilogramm zu je 2—2,40 Gulden, Hechte 1800 Kilogramm zu je 2—2,50 Gulden, Barbe 410 Kilogramm zu je 1—1,60 Gulden, Gemenge 1700 Kilogramm zu je 40 bis 60 Pfennig.

Zum Beweise für den wirtschaftlichen Rückgang im Fischereigewerbe mag die Gegenüberstellung der Fangergebnisse aus dem Monat Januar des Jahres 1923 dienen, die wir hier folgen lassen. Das Gesamtergebnis in diesem Monat betrug mehr als das Doppelte von diesem Jahr, und zwar 457.060 Kilogramm im Gesamtwerte von 182.028 Gulden.

In Fängen wurden eingebracht: Breiellings 37.400 Kilogramm zu 20—25 Pfennig je Kilogramm, Herings 55.500 Kilogramm zu 60—70 Pfennig je Kilogramm, Sards 8050 Kilogramm zu 4—5 Pfennig je Kilogramm, Hechte 500 Kilogramm zu 1—1,20 Gulden je Kilogramm, Zander 400 Kilogramm zu 2—2,40 Gulden je Kilogramm, Karpfen 150 Kilogramm zu 2—2,40 Gulden je Kilogramm, Barbe 600 Kilogramm zu 1—1,20 Gulden je Kilogramm, Breiten 580 Kilogramm zu 1—1,20 Gulden je Kilogramm, Rotaugen 600 Kilogramm zu 40—50 Pfennig je Kilogramm, Wichter 900 Kilogramm zu 1—1,10 Gulden je Kilogramm, Neunaugen 9500 Kilogramm zu 1,20 Gulden je Kilogramm, Sals 450 Kilogramm zu 2—2,50 Gulden je Kilogramm.

Der Holzexport nach Argentinien.

Nach Mitteilung der polnischen diplomatischen Vertretung in Buenos Aires wandten sich einige Agenten im Namen verschiedener bedeutender Holzfirmen in Argentinien an die Vorkasse mit der Bitte, ihnen polnische Holzexporteure anzuweisen, welche in der Lage wären, größere Mengen Kiefern- und Eichenholz nach Argentinien zu liefern. Die meisten dieser Firmen erklärten sich bereit, den ganzen Betrag für das gekaufte Holz nach Verfrachtung auf das Schiff zu bezahlen, im schlimmsten Falle 50 Prozent bei Verladung und 30 Prozent bei Ankunft des Schiffes in Argentinien. Angebote müssen in englischer Sprache in Dollar oder englischen Pfund an Buenos Aires oder an die Hafen gemacht werden.

Der Hafenverkehr der Woche.

Die Kohlenausfuhr hat in der vergangenen Woche eine starke Belebung erfahren. Sie erreichte die bisher höchste Ziffer 28 Fahrzeuge führten Kohle aus, zum größten Teil nach Danemark und Schweden, vereinzelt auch nach Norwegen, Litauen und Norbuss.

Nicht lebhaft ist auch die Kolausfuhr. Es gingen größere Ladungen nach Belgien, Holland, England, Hamburg, Danzig und Andorf. Die Frachtrate betrug für Schüttmaterial nach der Ostküste Englands 37 bis 39 Schilling, nach der Westküste Englands 45 bis 48 Schilling per Standard, nach Belgien 32 bis 34 Schilling, nach Holland 19 1/2 bis 20 Schilling per Standard. Einmal Schwellenladungen nach Hamburg erbrachten eine Frachtrate von 8 d für Kiefern und 7 d für eichene Schwellen per Schwelle.

Die Getreideaufuhr hat auch in der Berichtswache keinen größeren Umfang annehmen. Ebenfalls sehr schwach blieb die Ausfuhr von Zucker. Man rechnet jedoch in den nächsten Tagen mit einer starken Ausfuhr. Eine größere Ladung ging nach dem Baltikum, wofür eine Frachtrate von 11/8 bis 11/9 Schilling per Tonne erzielt wurde.

Drei Fahrzeuge mit Superphosphat gingen nach Kopenhagen, Odense und Hvide. Nach Kopenhagen wurde eine Frachtrate von 7,5 dänischen Kronen genannt.

In der Woche vom 18. bis 23. Februar 1926 liefen in den Danziger Hafen 74 Fahrzeuge ein und 82 gingen in See. Von den eingelaufenen Fahrzeugen führten 23 die deutsche, 21 die schwedische, 10 die dänische, 5 die estnische, 2 die norwegische und je 1 die estländische, lettische und amerikanische Flagge. Von den eingelaufenen Fahrzeugen waren 43 ohne Ladung, 13 führten Güter mit sich, 4 kamen von Harmond mit Seringen beladen, 2 von Helsingborg und Dröfsund mit Eisenerzen, 1 mit Zink von Danzig, 1 brachte eine Ladung Salpeter von Danzig, 1 Zucker von Danzig und 1 Automobile von Kopenhagen. Zur Zeit liefen noch die großen Dampfer „Fris Sings Stines“ und „Beracle“, welche ersterer Phosphat, letzterer Eisenerze führt. Von den auslaufenden Fahrzeugen waren 36 deutsche, 19 schwedische, 15 dänische, 3 englische, 3 norwegische und je 1 Danziger, polnischer, estländischer, lettischer, holländischer und amerikanischer Nationalität. Von den auslaufenden Fahrzeugen führten 28 Kohlen, 12 Holz, 3 Superphosphat, 1 Zucker, 1 Rübenschnitzel nach New York, 3 Superphosphat, 1 Zucker, 1 Rübenschnitzel nach New York, 1 Holz nach Norbuss, 2 Fahrzeuge liefen leer aus.

Der bedauernde Unfall, der sich am Mittwoch mittags im Hafen ereignete und einem Kammerwarter von fünf Kindern das Leben kostete, zeigt wieder die großen Gefahren, welchen die Hafenarbeiter ausgesetzt sind. Er zeigt aber auch, wie notwendig es ist, ein eingesetztes Personal zu haben, um solche Unfälle zu vermeiden. Die Hebe des deutschen nationalen Abg. Dr. Niehm gegen die Hafenarbeiter, wie sie am Mittwoch im Volkstag verlobt wurde, ist um so niederschmetternd. Es muß von den Reedern verlangt werden, daß alles getan wird, um solche Unfälle zu verhindern. Unschäme, daß die Reederei nicht freizusprechen sind von einer Mitschuld an diesem Unfall.

Eingänge. Am 1. März: Deutscher D. „Lip“ (765) von Stockholm, leer für Behne & Sieg, Weiterplatte; französischer D. „Jumiege“ (890) von Bordeaux mit Gütern für Worms, Hafenkanal; schwedischer D. „Ester“ (802) von Karlshamn, leer für Behne & Sieg, Weiterplatte; schwedischer D. „Neir“ (753) von Frederikshavn, leer für Behne & Sieg, Weiterplatte; schwedischer D. „Ernest“ (883) von Götterburg, leer für Behne & Sieg, Weiterplatte; deutscher D. „Arkona“ (303) von Stettin mit Gütern für Reinhold, Bäckpolder; deutscher D. „Bachus“ (862) von Bremen mit Tabak und Gütern für Wolff, Freiberg; deutscher D. „Gerda Ferdinand“ (908) von Rostock, leer für Schaw, Poppel & Söns, Hofmühlen; englischer D. „Rollo“ (2293) von Hull mit Gütern für Ellerman Wilson, Werft; dänischer D. „Vorgbild“ (931) von Kopenhagen, leer für Wolff, Weiterplatte; französischer D. „Chateau Jarnet“ (1290) von Bordeaux mit Gütern für Worms, Werft; schwedischer D. „Mia“ (1089) von Alborg, leer für Schaw, Poppel & Söns, Weichelmünde; schwedischer D. „Braschholm“ von Fernandina mit Phosphat für Scandinavian-Deutsche-Linie, Freiberg; dänischer D. „Niord“ (283) von Kopenhagen mit Gütern für Jørgensen, Freiberg; dänischer D. „Slandia“ (1092) von Alborg, leer für Behne & Sieg, Kaiserhafen; deutscher D. „Diana“ (725) von Andorf, leer für Danz. Sch.-A., Hafenkanal; schwedischer D. „Cygnus“ (1018) von Götterburg, leer für Bergensjö, Hafenkanal; deutscher D. „Eberhard“ (938) von Hamburg mit Gütern für Behne & Sieg, Freiberg; deutscher D. „Sulanne“ (198) von Hamburg mit Salpeter für Behne & Sieg, Hafenkanal; schwedischer D. „Anga“ (339) von Helsingfors, leer für Reinhold, Schellmühl; englischer D. „Harlem“ (565) von Svendborg, leer für Reinhold, Hafenkanal; deutscher D. „Sedina“ (582) von Hamburg, leer für Reinhold, Kaiserhafen; schwedischer D. „Amity“ (37) von Stockholm, leer für Behne & Sieg, Weiterplatte; dänischer D. „Dania“ (587) von Kopenhagen, leer für Behne & Sieg, Schellmühl.

Ausgänge. Am 1. März: Deutscher D. „Anna“ (271) nach Gdingen, leer; deutscher D. „Greit“ (937) nach Stettin mit Gütern; deutscher D. „Cereal“ (810) nach Amsterdam mit Gütern.

Danzig — Mittelländisches Meer.

Die staatliche polnische Wirtschaftsbank (Bank Gospodarstwa Krajowego) organisiert einen ständigen regulären Verkehr zwischen Danzig, Gdingen und den anderen europäischen Häfen bis zum Mittelländischen Meer. Zu diesem Zweck tritt die Bank in einen ständigen Kontakt mit den daran interessierten Ministerien.

Amtliche Börse-Notierungen.

Danzig, 1. 3. 26

1 Reichsmark 1,23 Danziger Gulden

1 Lot 0,67 Danziger Gulden

1 Dollar 5,18 Danziger Gulden

Scheck London 25,19 Danziger Gulden

Danziger Produktenbörse vom 1. März. (Amtlich.) Weizen weiß 13,25 G., Weizen rot 13,50 G., Roggen 8,00—8,05 G., Futtergerste 7,75—8,25 G., Gerste 8,25—8,65 G., Hafer 8,00—8,50 G., R. Erbsen 10,00 G., Viktoriaerbsen 15,00—16,00 G., Roggenkleie 5,25 G., Weizenkleie 6,50 G. (Großhandelspreise für 50 Kilogramm maggonfrei Danzig.)

Die Blutprobe als Beweis für die Vaterschaft.

Die erste Anwendung vor einem Wiener Gericht.

Beim Zivillandesgericht, das sich als Berufungsinstanz mit einem Prozeß auf Feststellung der Vaterschaft zu befassen hatte, ist soeben eine Beweisführung zugelassen worden, die in gleichem Maße beim Publikum wie in Juristen- und Medizinerkreisen lebhaftes Aufsehen erregt wird. Als erstes österreichisches Gericht hat es verfügt, daß zum Nachweis der Vaterschaft, daß der Beklagte tatsächlich der Vater des Kindes ist, eine Blutuntersuchung des als Vater bezeichneten Mannes, der Kindesmutter und des Kindes stattfinden soll. Mit Hilfe dieser Untersuchung, die auf Grund der neueren medizinischen Forschung die Möglichkeit der Feststellung der Verwandtschaft bzw. der Nichtverwandtschaft ermöglicht, habe die gerichtliche Begutachtung durchgeführt zu werden. Es ist bekannt, daß die Nachprüfung in Vaterschaftsprozessen sich bisher hauptsächlich darauf stützte, daß die Kindesmutter einen bestimmten Mann als Vater bezeichnete und als Zeugin erklärte, daß sie innerhalb einer bestimmten Zeit zu ihm in Beziehungen gestanden sei. Die Einführung der Blutprobe, durch die zwar nicht die Verwandtschaft, wohl aber die Nichtverwandtschaft nachgewiesen werden kann, stellt die Vaterschaftsprozesse auf eine gänzlich neue Grundlage und wird, sofern sich die neue Methode als dankbar und verlässlich erweist, in Zukunft zur Herabsetzung der wahren „Schuldtragenden“ führen.

Der Sachverhalt des Prozesses war folgender: Die Vormundschaft, vertreten durch Dr. Julius Koderer, hatte gegen den Tanzlehrer Wilhelm A. die Klage auf Feststellung der Vaterschaft und Alimentationsleistung für das Kind der Beklagten Anna Sch. eingebracht, die in erster Instanz vom Bezirksgericht Leopoldstadt abgemessen wurde. Der Beklagte hatte eingewendet, daß die Kindesmutter schon in geeigneten Umständen war, als sie Wilhelm A. kennenlernte. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt, und es fand nun vor dem Zivillandesgericht eine zweite Verhandlung statt. Der Vertreter des Beklagten wies darauf hin, daß der vom Gesetz geforderte negative Beweis, daß der Beklagte nicht der Vater des Kindes sei, fast unmöglich zu erbringen wäre. Das Gericht vernahm den Gerichtsrat Dr. Professor Dr. Haberda, den Vorstand des gerichtlichen-medizinischen Instituts, der zunächst erklärte, daß nach den neueren Umständen, insbesondere nach dem Zeitpunkt der Geburt des Kindes, durchaus die Möglichkeit gegeben sei, daß Wilhelm A. der Vater ist. Er erklärte weiter, daß nach den neueren Forschungen die Blutzusammensetzung näher verwandt ist, wie es Vater und Kind sind, in feststellbarer Weise ähnlich ist und daß im Wege der Untersuchung von Blutproben zumindest die negative Feststellung möglich ist, daß jemand nicht Vater eines Kindes ist.

Es wurde nunmehr der beklagte Tanzlehrer gefragt, ob er sich für eine solche Blutprobe bereit finde. Er erklärte sich dazu einverstanden, ebenso die Kindesmutter. Der Klagevertreter erklärte jedoch namens des Kindes, eine Einwilligung noch nicht abgeben zu können. Da zuerst das Vormundschaftsgericht die Zustimmung zur Vornahme des gerichtlichen Eingriffes geben müßte. Eine Blutentnahme dieser Art zu gerichtlichen Zwecken finde zum ersten Male statt, weshalb die prinzipielle Stellungnahme des Vormundschaftsgerichtes eingeholt werden muß.

Der Vertreter des Beklagten vertrat den Standpunkt, daß das Vormundschaftsgericht die Blutentnahme an dem Kinde nicht werde verweigern können, da wohl eine Verpflichtung der Prozeßparteien zur Duldung der gerichtlichen Feststellung vorausgesetzt werden könne, wie auch der durch einen Unfall Verletzte die Konstatierung seiner Schädigung zulassen muß, wenn er wegen des Unfalles Prozeß führt.

Das Berufungsgericht sahte nach längerer Beratung den Beschluß, die gerichtliche Vornahme der Blutuntersuchung zum Zwecke der Feststellung des Verwandtschaftsverhältnisses anzuordnen und verlagte zu diesem Zwecke die Verhandlung.

Das Matterhorn wandert.

Das Matterhorn, der fähigste Felskegel der Penninischen Alpen, der sich an der Grenze zwischen Piemont und dem schweizerischen Kanton Wallis zu einer Höhe von 4505 Metern erhebt, hat sich in Bewegung gesetzt und droht, eine ganze Anzahl von Dörfern und Weilern, die sich auf der italienischen Seite im Tournaingetal in einer Höhe von 2000 Metern befinden, zu verschütten. Kleinere Steinlawine gingen in dem genannten Bezirk schon vor längerer Zeit nieder, ohne daß die Bewohner jedoch der Sache besondere Aufmerksamkeit schenkten. Als sich aber dann auf der Seite des schattigen Gneißobelisken breite Risse bildeten und große Erdmassen ins Tal herabfielen, wandten sich die Dorfbewohner mit der Bitte um Hilfe an die Behörde in Turin. Auf Anordnung dieser Behörde wurden dann schleunigst die

Bewohner von Uffin, dem größten Dorfe des Alpenbezirks, sowie ferner die Einwohner einer Reihe kleinerer Dörfer und Weilern, die in der Richtung des Erdrüttels liegen, nach Uffin übergeführt, weil ihr Leben gefährdet schien.

Bei dieser Umhüllung der Bauern kam es zu herzerregenden Szenen. Sie weigerten sich, ihre Häuser zu verlassen, und erklärten, daß sie es vorziehen, hier, wo sie geboren wurden auch zu sterben. Die zur Hilseleistung nach der Gefährzone abkommandierten Soldaten mußten schließlich Gewalt anwenden, um die Leute mit ihrem Vieh aus dem bedrohten Bereich zu bringen. Jetzt sind dort Ingenieure und eine Abteilung Alpentruppen einquartiert, da man jede Stunde die unvermeidliche Katastrophe erwartet. Der Erdrutsch ist in erster Reihe auf die Schneeschmelze und die schweren in den Alpen niedergegangenen Regengüsse zurückzuführen. Es ist zum erstenmal in der Geschichte, daß der solide Fels des Matterhorns Metana zeigt, seinen Standplatz zu verändern.



Zur Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse.

Das Leben und Treiben in der Petersstraße
in Leipzig am Eröffnungstage, 28. Februar
1926.

Ein neuer Blandart.

Der Massenmörder ohne Namen.

Die Pariser Blätter veröffentlichen seit einigen Tagen sensationelle Meldungen, die sich mit der Person eines geheimnisvollen Verbrechers beschäftigen. Nach den Polizeiberichten soll man es mit einem Massenmörder, einem zweiten Landru, zu tun haben. Trotz der fieberhaften Bemühungen des gesamten Pariser Detektivkorps, und obwohl das Bild des Mannes telegraphisch an sämtliche Erkennungsbüros der Welt gegangen ist, hat man noch nicht den wirklichen Namen des Unbekannten feststellen können. Dem Untersuchungsrichter hat er den Namen Georges Desormel angegeben, als Verurteilter Kammerdiener. Das einzige, was man bisher von ihm weiß, ist, wie der „Börse-Cour.“ sagt, daß er vier Sprachen beherrscht und ein fabelhafter Violinist ist.

Seine Verhaftung gelang durch einen Zufall. In einem Gasthof, in dem der Unbekannte abgetrieben war, fand man ein blaues Foto. Und neben dem Foto ein Album, in dem eine Anzahl Photographien eingeklebt waren. Alle ihm außerordentlich ähnlich, aber doch verschieden. In jeder Photographie gehörte ein Paar und das entsprechende Militärdokument. Der zweite Teil des Heftes enthielt Namen, Namen und Adressen. Zuerst schienen diese Namenliste harmlos. Als man aber der Sache nachging, stellte es sich heraus, daß

alle in dem Heft eingetragenen Personen im Laufe der letzten Jahre ermordet

oder unter bestimmten Umständen verschwunden waren. Die Liste begann im November 1919. Man fand unter Nr. 1 folgende Eintragung: „Marjaille, „Robinson“, Wächterin Madame Penner. Leichtgläubig, trinkt gern — Am 13. November 1919 war Madame Penner ermordet und beraubt worden.

Der zweite Name, „Cette Madame Brouse. Eritas Zimmer. Mädchen unzuverlässig. — Im März 1920 wurde Madame Brouse in ihrem Zimmer ertrunken aufgefunden. Ihr wertvoller Schmuck war geraubt worden. In diesem Fall gelang es, den Mörder in einem gewissen Kanarier zu ermitteln. Er wurde wenig später zum Tode verurteilt, entpurrte aber auf dem Transport und konnte nie mehr gefasst werden. Das Bild des Mörders Kanarier fand man jetzt unter den 20 Photographien des unbekannten Verbrechers.

Einen zweiten wertvollen Anhaltspunkt erhielt die Pariser Polizei aus der Stadt Valence. Mehrere Einwohner dieser Stadt glauben auf Grund des Bildes in dem Verbrecher einen ihrer Landsleute zu erkennen, der vor zehn Jahren unter rätselhaften Umständen aus der Stadt verschwunden war. Der Verschwundene war überaus begabt, fünf Sprachen in Wort und Schrift, ein hervorragender Zeichner und vor allem ein ganz vorzüglicher Violinist. Ein Pariser Kriminalkommissar, der durch alle Städte Frankreichs reiste, um Material über den unbekannten Menschen zu sammeln, fand den Gesuchten vierzig Mal in Straßangeigen, Aften usw.

Geheimlich mit einem anderen Namen.

und einem anderen Beruf. Er ist schon alles: Musiker, Violinist, Komponist von Chansons, Sekretär eines Konsuls und eines Bürgermeisters, Kammerdiener, Kellner, Sprachlehrer, Korrespondent, Ueberseher, Schauspieler, Zauberkünstler. In seiner Dachkammer, in der er hauste, fand

man ein Arsenal von Salben, Stiften, Farben, Zunder, Monofel, Material, um hundert verschiedene Menschen aus der Dachkammer spazieren zu lassen.

Nicht Stunden verfuhrte der Untersuchungsrichter den Gefangenen. Acht Stunden lang forschte man nach seinem Namen. Zum Schluss mußte sich der Untersuchungsrichter nicht mehr zu helfen und nach dem Mann das Protokoll zur Unterschrift. Der Unbekannte äußerte einen Moment und malte dann ein großes Fragezeichen hin.

Paris ist in Aufregung. Ein weiterer Landru — oder sogar ein erster Desormel?

Landgerichtsdirektor Jürgens schwer belastet.

Ein dunkles Vorleben. — Die Schuld der Frau.

Im Falle des Landgerichtsdirektors Jürgens hat sich jetzt ein Privatdetektiv aus Hannover gemeldet, der Jürgens schwer belastet. In einem Brief an Regierungsdirektor Dr. Weiß teilt er mit, daß Jürgens während der Kriegszeit als Hauptmann beim Generalstabskommando in Hannover war. Jürgens hatte neben der Leitung der Spionageabwehrabteilung auch noch die Bekämpfung der Hamsterei übernommen. In dieser Stellung soll er seine Befehlsmacht aus schwerer Mißbraucht haben. Nach dem politischen Umsturz hielt er es für ratsam, aus Hannover zu flüchten, da er befürchtete, daß man ihn für die in Hannover statuierten Vergehen zur Rechenschaft ziehen würde. Tatsächlich hatte bereits damals der damalige Oberstaatsanwalt vom Landgericht Hannover Stors Haftbefehl gegen Jürgens erlassen, nachdem ihm

nicht weniger als 60 Fälle Betrug, Freiheitsberaubung,

Mißbrauch der Amtsgewalt nachgewiesen

waren. Der Privatdetektiv hat an Regierungsdirektor Dr. Weiß das Ersuchen gestellt, vor dem Untersuchungsrichter vernommen zu werden.

Diese neuen Beschuldigungen gegen den Landgerichtsdirektor, der sogar bereits 1918 in Untersuchungshaft gesessen hat und einer Verurteilung nur durch die allgemeine Amnestie nach dem Kriege entgangen ist, sind so ungeheuerlich, daß man wohl eine Aufklärung seitens der Behörden erwarten darf, wiewohl es möglich war, daß dieses Vorleben die Karriere eines solchen Richters nicht zu fördern vermocht hat.

Am Montag ist der von der Staatsanwaltschaft in Stargard mit der Untersuchung des Falles Jürgens beauftragte Landgerichtsrat Buchs in Berlin eingetroffen und hat sich sofort mit den maßgebenden Beamten im Polizeipräsidium in Verbindung gesetzt. Jürgens hält nach wie vor an seiner Angabe fest, daß er das Opfer seiner politischen Gegner sei. Es gewinnt immer mehr die Wahrscheinlichkeit Raum, daß Frau Jürgens ihren Gatten schon bei Beginn der Ehe

über ihre Vermögenslage getäuscht

hat. Sehr belastend für Frau Jürgens sind nach dieser Richtung die Aussagen des Leiters der Stargarder Stadtbank, Direktor Lilbrich, von dem Frau Jürgens auf Grund der Patentlizenzen ihres verstorbenen Mannes einen größeren Kredit haben wollte. Der Landgerichtsdirektor erklärte den Behörden gegenüber, daß er die Lizenzen seinerseits geprüft habe und für so zweifelhaft und wenig aussichtsreich gehalten habe, daß er sich nicht zu entschließen vermochte Frau Jürgens daraufhin auch nur 3000 Mark Kredit einzuräumen. Das Ehepaar wird, nachdem durch die Staatsanwaltschaft Stargard der endgültige Haftbefehl ausgesprochen worden ist, voraussichtlich Ende dieser Woche nach Stargard in das dortige Gefängnis übergeführt werden.



Erkundung der „Bremen“-Mannschaft durch die englische Regierung.

Aus Anlaß der Rettung der Besatzung des englischen Dampfers „Carfax“ aus Scerovi durch den Norddeutschen Lloyd-Dampfer „Bremen“ fand im Ballsaal des Lloyd-Bahnhofs in Bremen eine Ehrung des Kapitäns Burpys sowie der Offiziere und der Mannschaft der „Bremen“ statt, zu der der englische Konsul Roban in Bremen eingeladen hatte. Als Vertreter der englischen Marine war Kommander der Flotte anwesend, von der englischen Botschaft in Berlin Vizekonsul Addison, der im Namen der englischen Regierung dem Kapitan Burpy einen silbernen Pokal überreichte.

Unsere Aufnahme zeigt Kapitan Burpy (mit dem silbernen Pokal in der Hand), bei der feierlichen Schilberung seiner Rettungsleistung. Links von ihm steht der Bürgermeister von Bremen, Dr. Spitta, (rechts stehend) der englische Marine-Angehörige, Kommander der Flotte.

Kleinertchen der „Grünen Woge“ in Berlin.

Wichtige Zeitungs- der Regierungs-.



Eine Police über 6 Millionen Dollar ist von einer großen Versicherungsgesellschaft an zwei Grundstücke aus Detroit erworben worden; diese beiden Grundstücke in Teil zu errichten. Der Mann, der die Police auf-

geht hat hat sie als eine „Geistiges-Eigentum-Police“ dargestellt die zum Schutze des Projekts abgefaßt worden ist, für den Fall, daß einer der beiden Unternehmer sterben sollte, bevor das Projekt von beiden an Ende geführt ist.

Danziger Nachrichten

Oliva stimmt der Eingemeindung zu.

Die Olivaer Gemeindevertretung mit großer Mehrheit für den Anschluss an Danzig.

Erweiterungslage gestern über die Olivaer Gemeindevertretung. Nur langsam und offensichtlich unzufrieden fanden sich die Olivaer Vertreter ein und setzten sich ängstlich auf ihre Plätze. Die Deutschnationalen bauten sich ihre Stühle, abseits von der schlichten Bank, beiseite an einem Tischchen in der Mitte. Wehmütig gedachten sie früherer Zeiten, als sie sich noch als unumkehrte Herrscher fühlten und betrachteten schon die an den Wänden der Aula hängenden Bilder aus „großer Vorkriegszeit“. Wilhelm, auf tanzelndem Zirkuspedal, und Dindenburg schauen ernst, vorwurfsvoll auf diese Gemeindevertretung herab, die sich nach Ablauf der guten, alten Zeit des Dreiklassenwahlrechts so grundlegend geändert hat. „Alles Irdische ist vergänglich“, dies Wort wird gestern so manchem deutschen Herzen entspringen sein.

Warum die gestrige Sitzung einberufen werden musste, wird wohl jedem der Zuhörer unverständlich sein. Nichts, aber auch nichts von besonderer Bedeutung konnte neu hervorgebracht werden. Alles Schicksal, das man sich nicht „verfluchen“ lassen wollte, das eine „Reinigung“ möglich sei, zerfiel unter den nackten Tatsachen, unter nüchterner Beurteilung, frei von aller gefühlsmäßigen Einstellung, in nichts. Nur ein Unentschieden, der Nachfolger des Abg. Vertreter, Domröse (man muß nämlich wissen, daß die Oliva nicht tot ist, sie lebt — in Oliva), war unbeschreiblich. Er konnte zwar keinen Ausweg zeigen, mußte sich der Wucht der realen Tatsachen beugen, aber „er blieb fest“. Man sollte später nicht auf ihn mit Fingern weisen. „Ich weiß zwar keinen Ausweg, aber ich will nicht“, so ungefähr war sein Standpunkt — wehrlos, wie man es von vielen Beamten leider gewöhnt ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der Schöffe Fischer (dt.-nat.), Erziehungsrat des „aus Gesundheitsrücksichten“ zurückgetretenen ehemaligen Generals Feldteller eingeführt. Desgleichen die Herren Richter (Abg.) und Dr. Wiele (D. S.). R. ist für den Gem.-Verord. Domröse nachgerückt, weil dieser nicht in der Lage war, die Beamten richtig zu vertreten. Die Beamten können sich freuen!

Darauf nahm der Schöffe Paschewski das Wort, gewissermaßen als Berichterstatter. Er erklärte, daß er stets ein Freund der Eingemeindung gewesen sei. (Es gab auch eine Zeit, in der er anders dachte oder wenigstens anders sprach.) Seine Ausführungen waren — diesen Eindruck mußte man unwillkürlich haben — an den neuen Abg. Vertreter Richter gerichtet. Aufeinander vermutete er (ganz sicher nicht mit Unrecht), daß für die irreführenden Machenschaften in dem Olivaer Lokalblättchen für die Vaterstadt zu suchen sei.

Paschewski stellte fest, daß die Zeitungsaufsätze nur die Ansicht einer

Keinen, verantwortungslosen Altkue

und dazu angetan seien, daß Oliva immer mehr an den Abgrund gerate. Denn es sei unklar, daß dem Gemeindevorstande brauchbare Geldangebote eingereicht worden seien. Altkue hätten nach Zahlung einer hohen Provision, die ein gutes Jahresgehalt darstellt, erklärt, sie würden versuchen, Geld zu bekommen. Jeder auch nur mögliche Anleiheversuch sei erschöpft, ohne Erfolg. Aber auch dann, wenn wirklich Geld zu bekommen wäre, würde die Verzinsung und Tilgung ausgerechnet sein. Es müßten nach vorläufiger Berechnung circa 400 000 Gulden pro Jahre aufgebracht werden; dazu sei Oliva nicht imstande.

Von den Deutschnationalen sprach der Abgeordnete, Konrad Paschewski, als Finanzfachverständiger: Man möchte Oliva gern halten, aber es sei

kein Geld zu bekommen.

Popot suchte verzweifelt nach Geld und hätte gewiß leichter etwas bekommen, als das kreditunwürdige Oliva.

In diesem Sinne sprachen sich sämtliche anderen Parteien aus, mit Ausnahme des Abg. Vertreter. Er beschwerte sich darüber, daß Danzig sich geweigert habe, Oliva eine Ueberbrückung (1) über das Danziger Vermögen vorzulegen. Sogar der Oberbürgermeister Winter von der Finanzabteilung des Senats sei der Meinung, daß Oliva besser daran wäre, wenn es Danzig die „kalte Schulter“ zeigen würde. Danzig könne und wolle den Vertrag nicht erfüllen.

In namentlicher Abstimmung

wurde mit allen gegen eine Stimme (bei Stimmenthaltung des Gem.-Verord. Niebandt (3)) folgender Beschluß gefaßt: „Die Gemeindevertretung nimmt von der Annahme ihres Vertragsangebots vom 6. November 1925 durch die Stadtgemeinde Danzig Kenntnis. Sie sieht damit den Eingemeindungsvorschlag als rechtsgültig zustande gekommen an.“

Nachdem sich nunmehr die ganze Olivaer Zeitungsmache als Bluff einer kleinen machthabenden Schicht erwiesen hat, die eben nichts weiter kann, als nörgeln, ist zu hoffen, daß die Eingemein-

dung schnell vollzogen geht, damit das von den Deutschnationalen heruntergewirtschaftete Oliva endlich zur Ruhe kommt und sich zu neuer Blüte entfalten kann.

Nationalismus und Internationalismus.

Ein Vortrag in der zionistischen Organisation.

In einer gut besuchten Versammlung der hiesigen zionistischen Organisation sprach am Sonnabend im Saale der Naturforschenden Gesellschaft Rechtsanwalt Dr. Schloßberg-Königsberg über „Nationalismus und Internationalismus“. Das Wort Nationalismus, so führte der Redner aus, stehe zwar heute nicht in gutem Ruf, und doch stehe unsere Zeit heute mehr denn je in diesem Zeichen. Der Begriff Nation sei das Ergebnis einer Entwicklung aus Stamm und Volk und bebede im letzten Sinne nichts anderes als eine starke Intensität des Verbundenheits mit der Gesellschaft. Die Nation habe als Vorbedingung eine gewisse Kulturhöhe und numerische Größe; sie erstrebe ein politisches Ziel, das sie in der ihm eigenen Art verwirklichen will. Wenn sich damit ein Ideal verbindet, so spreche man von einer nationalen Bewegung, von Nationalismus. Die Nation sei ein Ergebnis der Neuzeit, erzeugt durch die moderne Demokratie und die Zivilisation. Nationalismus könne nur entstehen, wenn die weitesten Kreise des Volkes am nationalen Leben beteiligt seien, wenn ferner durch die von der Zivilisation begünstigte Annäherung der Völker jedes Volk seine Eigenart erkenne.

Der Nationalismus konnte nur entarten, durch das Zusammenstreben von Nation und Staat. Dadurch führte er die Nation zur Vergewaltigung anderer Nationen. Der Versailles-Friede habe jedoch gezeigt, daß die restlose Identifizierung von Nation und Staat unmöglich sei. Es sei bezeichnend, daß auf Versailles in kurzer Folge Locarno folgte, das den Völkerrecht einen entarteten und überprüften Nationalismus bedeute, in der Erkenntnis, daß Nationen und Staaten miteinander verknüpft und auf einander angewiesen seien.

Die internationalen Bande seien heute groß. Sie seien fest geknüpft durch Wissenschaft und Religion, getragen vom internationalen Kapitalismus und nicht zuletzt vom internationalen Sozialismus. In seinen Anfängen stand der Sozialismus dem Nationalismus durchaus feindlich gegenüber, heute jedoch sei die Sozialdemokratie keine absolute Gegnerin mehr, da der Arbeiter am nationalen Leben beteiligt sei. Aber zum Internationalismus führen verschiedene Wege. Jede Nation lege Wert auf ihre Eigenart und der Weg der einzelnen Nationen zum Internationalismus, das heißt zur Konstituierung der Menschheit, entspreche der Eigenartigkeit der Nation.

Nach diesem Ziele strebe auch das jüdische Volk, das für diese Aufgabe besonders geeignet sei durch die Größe der Idee, die bereits im alttestamentarischen Prophetismus zu finden sei und durch die Verbreitung über die ganze Welt. Die nationalen Juden verlangen Palästina auch nicht als Staat, sondern als Heimatboden, um den Wurzeln der eigenen Kraft nahe zu sein.

Der Kampf zweier Titanen.

Die Ringkämpfe in der Messehalle.

Zwei Ringer mit Titanenkräften standen sich gestern in der Messehalle gegenüber. Weltmeister Hans Schwarz, 288 Pfund schwer, und Tom Jackson, 286 Pfund schwer, dazu die entsprechende Größe. Beide Ringer versuchten mit allen Kräften, Jackson sogar mit unerlaubten Griffen, zum Ziele zu kommen. Mit ungeheurer Kraft setzten sie ihre Kravatten, Schlingen usw. an und gerieten oft genug in eine schwierige Situation. Größere Routine und Schnelligkeit brachte Schwarz schließlich den Sieg. Er faßte einen Untergriff von vorn, minutenlang wehrte sich Jackson, doch gelang es ihm nicht, den Griff zu sprengen. Mit unübersteiglicher Gewalt wurde er auf beide Schultern gezwungen. Der Beifall des äußerst zahlreich erschienenen Publikums durchbraute minutenlang die Halle. Jackson forderte Schwarz zum Ringkampf im freien Stil heraus, bei dem jeder Griff erlaubt ist. Einen technisch interessanten, sehr schnellen Kampf lieferten sich die beiden sympathischen Ringer Bierholz und Naber. Vermöge ihres gediegenen Könnens war der Kampf ziemlich ausgeglichen, wenngleich sich die größere Gewandtheit Nabers doch bemerkbar machte. Nach 25 Minuten hob Naber seinen Gegner aus dem Stand heraus, drehte ihn einige Male in der Mühle und legte ihn dann auf beide Schultern.

Gegen den holländischen Riesen Franken trat Gerloff mit seiner verbundenen Wunde an. Trotz der schweren Behinderung lieferte er in anerkennenswerter Weise einen sportlichen Kampf. In der angelegten Zeit von 30 Minuten war der Kampf nicht zu Ende und mußte unentschieden gegeben werden. Auch der nächste Kampf, Kasartseff gegen Glick, endete unentschieden wegen Ablaufs der Polizeistunde.

Der Plakatwettbewerb für die Kochkunstausstellung.

Aus Anlaß der Großen Ausstellung für Kochkunst, Hotel- und Gastwirts-gewerbe, die in der Zeit vom 30. April bis 2. Mai in der Messehalle stattfinden wird, und in der Danziger Großfirmen ihre Erzeugnisse auf dem Gebiete modernen Küchenbetriebes in weitestem Umfange auszustellen gedenken, war ein Preisausschreiben zwecks Erlangung eines wirksamen Plakateplakates veranstaltet worden. In diesen Tagen ist nun die Prämierung erfolgt, über die u. a. Prof. Phleps von der Technischen Hochschule zu entscheiden hat. Von den 62 Einsendungen konnten nur verhältnismäßig wenige für eine Preisurteilung in engere Wahl gezogen werden, da eine ganze Reihe von Entwürfen, sei es durch verwirrende Ueberschneidung der Fläche, sei es durch dilettantische Anordnung der Linienführung oder durch uncharakteristische Motivwahl den Ansprüchen einer vorwiegend neuzeitlichen Plakatkunst nicht zu entsprechen vermochte.

Für den ersten Preis (im Werte von 200 Gulden) einigte man sich auf den Entwurf des Malers Plakate, auf welchem Grunde leuchtet das rotbraune feiste verschmierte lächelnde Gesicht eines Kochs heraus, den man sich als vor dem glühenden Herde stehend in Ausübung seiner lederen Arbeit vorzustellen hat. Eine einfache, übersichtliche klare und in dem Farbenkontrast höchst einprägsame Leistung. Neben dem ersten Preis (100 Gulden) teilte man aus: ein Diener der Küche haßt vorgebeugten Körpers nach einem entsetzten Schrei, das Schwarz der Grundierung verhilft den weißen Figuren mit kräftigen Karbellen in Rot (worauf auch die Schrift gehalten ist) zu harter ins Auge springender Wirkung. Der Trostpreis von 50 Gulden wurde dem Kunstmalers von Malotke hauptsächlich deswegen ausbezahlt, weil er sich mit mehr als zehn Entwürfen bemüht hatte, über deren Tagen wir: Mittelmäßigkeit selbst der Late stammten dürfte.

Dra. Gemeindevertretung. Am Donnerstag, den 4. März 1926, nachmittags 6 Uhr, findet im Rathaus eine Gemeindevorstandssitzung mit nachfolgender Tagesordnung statt: 1. Einführung eines Gemeindevorstandes, 2. Haushaltsanschlag für 1926, 3. Wohnungsbau 1926. In nichtöffentlicher Sitzung stehen Verordnungen zur Beratung.

Versammlungs-Anzeiger.

SPD., Volkskassafaktion. Dienstag, den 2. März, abends 7 Uhr: Sitzung im Volkstag.

Verein Arbeiter-Jugend, Genbu. Dienstag, den 2. März 1926, abends 7 Uhr, Vorstandssitzung. Das Erscheinen eines jeden ist Pflicht. Dienstag, abends 8 Uhr, im Heim Volkstanzabend.

Verein Sozialistische Arbeiter-Jugend, Danzig. Dienstag, den 2. März, abends 8 Uhr, im Heim Wiedenlaerne, Eingang Fleischerstraße: Funktionärsitzung. Mittwoch, den 3. März, abends 7 Uhr, im Heim: Fragestunde.

SPD., Ortsverein Danzig-Stadt. Mittwoch, den 3. März, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus (Volkstag): Sitzung des erweiterten Vorstandes. Jeder Bezirk muß vertreten sein durch den Vorsitzenden und Kassierer oder deren Stellvertreter. Der engere Vorstand tritt eine Stunde früher zusammen.

Sattler, Tapezierer. Mittwoch, den 3. März, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im „Mantel-Tonnen“.

Reichsbund der Kriegesbeschädigten usw., Ortsgruppe Popot: Versammlung am Mittwoch, den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, im Kaiserhof, Seestraße. Tagesordnung wird dort bekanntgegeben. Sonst finden die Versammlungen, wie immer, jeden Mittwoch nach dem Ersten daselbst statt.

DMB, Bauhilfs- und Eisenkonstruktoren Mittwoch, den 3. März, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Karpfensteigen 26, Zimmer 14: Dringende Versammlung.

DMB, Kollegen von den Firmen Klawitter, Neubäder, Gebr. Seyditz! Donnerstag, den 4. März, gleich nach Feierabend, 4 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Karpfensteigen 26, Saal, 1. Tr.: Wichtige Versammlung.

SPD., Popot. Mitgliederversammlung Donnerstag, 4. März, 7 1/2 Uhr abends, im „Kaiserhof“ (Giechendorffstraße). Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteiausschub; 2. Bericht der Stadtverbordneten; 3. Parteiangelegenheiten.

Arbeiter-Bildungsausschub. Donnerstag, den 4. März, abends 7 Uhr: Sitzung im Parteibüro.

Verantwortlich für Politik: Ernst Loops; für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil: Dr. Franz Abomat; für Inserate: Anton Fooker; sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. G. Schell & Co., Danzig.

Die Schulpflicht

blinder und taubstummer Kinder.

Auf Grund des Gesetzes über die Beschulung blinder und taubstummer Kinder müssen alle mit diesen Fehlern behafteten Kinder den in den Anstalten für blinde und taubstumme Kinder eingerichteten Unterricht besuchen.

Die Eltern, Pfleger, Vormünder werden aufgefordert, die blinden und taubstummen Kinder, welche bis zum 1. April d. J. das 4. Lebensjahr vollenden, am 18., 19. und 20. März d. J. in den Stunden von 9-11 Uhr vormittags in unserer Geschäftsstelle, Rathaus Langgasse, 2 Treppen, Zimmer Nr. 28 (Schulkontrolle), unter Vorlage des Geburts- und Impfscheins anzumelden.

Die in den Vorstädten wohnenden Kinder können an denselben Tagen in den Stunden von 9-10 Uhr vormittags in der Volksschule ihres Bezirks bei dem Schulleiter, unter Vorlage der Geburts- und Impfscheine, angemeldet werden.

Ueber die Einschulung der zur Anmeldung gekommenen Kinder wird später Beschluß gefaßt werden und entsprechende Mitteilung ergehen.

Die Unterlassung der rechtzeitigen Anmeldung eines Kindes hat die gesetzlichen Zwangsmassregeln zur Folge.

Danzig, den 20. Februar 1926.

Der Senat, Schulabteilung.

Öffentliche Versteigerung.

Am Mittwoch, den 3. März 1926, vorm. 9 1/2 Uhr, versteigert das unterzeichnete Amt meistbietend in der Reiterkaserne, Wiedenlaerne 2. Waren, für die gemäß § 33 des Erlasses vom 13. 12. 1920 die Zollgebühren nicht rechtzeitig gezahlt worden sind, ferner eingezogene Sachen, darunter:

49 Kisten Marmelade, 24 Kisten Schokolade, 12 Kisten Spiritusgebräu, 24 Kisten Schokolade u. a.

Kommission I für Straßaden.

Krankenversicherung.

Wir bringen hiermit in Erinnerung, daß die beitragspflichtigen Arbeitgeber, welche 3 und mehr versicherungspflichtige Personen beschäftigen, die Krankenversicherungsbeiträge für den Monat Februar d. J. bis zum 3. März 1926 unter Beifügung der Zahlungsbestätigung, sowie unter Angabe der durch Rundschreiben mitgeteilten Kontonummer zur Vermeidung kostenpflichtiger Wohnung an unsere Kasse einzuzahlen haben. Die Zahlungsbestätigung ist zum Zwecke der Ueberprüfung über die ausstehenden Beiträge auch dann einzureichen, wenn die Zahlung nicht mit der Einreichung der Zahlungsbestätigung verbunden wird.

Außerdem weisen wir noch darauf hin, daß die Verpflichtung zur rechtzeitigen An- und Abmeldung der Versicherten innerhalb drei Tagen nach Beginn und Ende der Beschäftigung auch für diejenigen Arbeitgeber fortbesteht, die die Beiträge nach dem wirklichen Arbeitsverdienst abführen. Bei nicht rechtzeitiger Abmeldung sind die Beiträge nach wie vor gemäß § 47 unserer Satzung bis zum Eingang der vorchriftsmäßigen Abmeldung fortzuzahlen.

Da die Arbeitgeber noch vielfach mit der Abführung der Beiträge für Vormonate im Rückstand sind, erinnern wir an baldige Zahlung mit dem Hinweis, daß die Unterlassung der Zahlung mit rechtlichen Nachteilen für die Arbeitgeber verbunden sein kann und pünktliche Zahlung in ihrem eigenen Interesse liegt.

Wir machen außerdem noch darauf aufmerksam, daß die Arbeitgeber auch für richtige Angaben in den Versicherungsanfragen für die Versicherten zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen haften und unrichtige Angaben zu Erlassensprüchen gegen die Arbeitgeber führen können.

Danzig, den 1. März 1926.

Der Vorstand

der Allgemeinen Krankenkasse in Danzig, Jünglingsgasse 52. Fernspr. 3121, 3457.

Gute Fleischbrühe

schäkt alt und jung. Ohne langes Auskochen teuren Suppenfleisch erhält man vorzügliche Fleischbrühe im Augenblick — nur durch Auflösen eines Würfels in 1/4 Liter kochenden Wassers —

aus Maggi's
Fleischbrühe-Würfeln

Nur echt mit dem Namen „Maggi“ und der gelb-roten Packung

1 Würfel

10 Pfg.



Böttchergasse Nr. 3

ca. 1140 qm große Keller- und Lagerräume nebst 2 Bürozimmern zu Geschäftszwecken zu vermieten. Angebote mit Preis bis zum 10. März 1926 nach Danzig, Elisabethkirchen-gasse Nr. 3, Zimmer 11.

Danzig, den 2. März 1926.

Städtische Grundbesitzverwaltung.

Suche zum zwei leere Zimmer

mit Küche oder Küchenanteil.

Taube, Danzig, Sühnerberg 9, 1. Treppe.

Speisekartoff.

bitligt zu haben bei

Dahmer,

Lager Hopfengasse 48,

Telef. 1769 und 6785. (21425)

Spottbillig!

Arbeiter-Jacken 3,50 G.,

Manch.-Hosen 18,50 G.,

Woll-Hosen 2,45 G.,

Wiedberg. 1. Nähe Hopfengasse. (20731a)

Einf. Gärtner

zur Anlage eines H. Gartens gesucht. Rangf., Wiedberg. Weg 22, 1. Tr. (20733a)

Möbl. Zimmer

frei Pfefferkorn 19, 1.

Möbl. Zimmer

an 1 oder 2 Herren zu verm. Hundegasse 60, 1.

Befehlshaus

Johannistag 7, liefert:

Herren-Sohlen ... 3,00,

Damen-Sohlen ... 2,80,

Kinder-Sohlen ... 2,00.

Beleuchtung

v. Herrn Reibstein zurückgenommen. (20 699a)

Frau Grün,

Kollongasse 14.

Espananto-

Unterricht

erteilt M. Wachallst,

Dominikwall 2,

Seuterrain. (18 779a)

